



Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

## kommunal

# 60 Jahre Élysée-Vertrag



Foto: mariesacha - stock.adobe.com

**Europäische Kommission**

Arbeitsprogramm  
für das Jahr 2023

**Stadt Mainz**

Zweiter Platz bei  
EU-Innovationspreis

**CEMR**

Landrat Schnaudigel  
erneut Ko-Präsident

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser!

Das Krisenjahr 2022 hat die Städte, Landkreise und Gemeinden, aber auch den Bund und die Europäische Union vor große Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele für die Menschen wichtige Fragen – sei es die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges mit den dadurch ausgelösten Fluchtbewegungen oder die Gewährleistung der Energieversorgung – nur im europäischen Rahmen gelöst werden können. Letztlich ist so die große Bedeutung Europas noch bewusster geworden.

Eine zentrale Rolle bei der europäischen Integration und Dynamik kommt dem herauszuhebenden deutsch-französischen Verhältnis zu. 60 Jahre Élysée-Vertrag, mittlerweile gut 2.200 kommunale Partnerschaften, ein stabiles, lebendiges und gutes Miteinander mit unserem großen Nachbarn im Westen, gilt es mit dieser Ausgabe von „Europa kommunal“ zu würdigen. Unabhängig von aktuellen politischen Spannungen auf nationaler Ebene kommt der gelebten kommunalen Partnerschaft, zu der auch der Deutsch-Französische Ausschuss und die in Kooperation mit dem RGRE geschaffene Plattform „jumelage.eu“ beitragen, eine große Bedeutung zu.

Das mittlerweile feste Fundament, das in den 1950-er und 1960-er Jahren auf die Aussöhnung mit Frankreich zielte, ist zu bewahren und weiter zu stärken, um das Zusammenwachsen Europas zu leben, zu verbessern und immer wieder neu zu befördern. Dieses besondere Partnerschaftsverhältnis nach Frankreich gilt es, auch als Motor zur Partnerschaft mit Polen durch eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks zu nutzen, um Europa insgesamt weiter zu festigen.

## Ihr Kay Ruge Generalsekretär



Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion

# Inhalt

47. Jahrgang · Heft 1 · Januar/Februar 2023

<b>60 JAHRE ÉLYSÉE-VERTRAG</b>		<b>3</b>
■ <b>Jahresprogramm ganz im Zeichen des Jubiläums</b>	Der Deutsch-Französische Ausschuss und 60 Jahre Élysée-Vertrag Von <i>Andreas Wolter</i>	<b>3</b>
■ <b>Tragendes Element der Zusammenarbeit</b>	Deutsch-französische kommunale Partnerschaften Von <i>Prof. Dr. Frank Baasner</i>	<b>5</b>
■ <b>Mit Solidarität und Binnenmarkt gegen die Energiekrise</b>	Energiepolitik in Deutschland und Frankreich im europäischen Kontext Von <i>Dr. Klaus Nutzenberger</i>	<b>10</b>
■ <b>Zusammenarbeit stärkt regionalen Zusammenhalt</b>	Studie zu urbanen Großräumen in Deutschland und Frankreich Von <i>Dominik Grillmayer</i>	<b>13</b>
■ <b>Städtepartnerschaft auf dem Weg in die Zukunft</b>	Enge Zusammenarbeit der Stadt Essen und der Stadt Grenoble Von <i>Nina Schemit</i>	<b>17</b>
■ <b>Gute Netzwerke und enge Kontakte über den Rhein</b>	Deutsch-französische Projekte im Landkreis Emmendingen Von <i>Silke Tebel-Haas</i>	<b>21</b>
■ <b>Neue Impulse für die Zusammenarbeit vor Ort</b>	Kooperation der Gemeinde Nebelschütz und der Stadt Mouans-Sartoux Von <i>Adam Naber</i>	<b>25</b>
<b>FORUM EUROPA</b>		<b>28</b>
■ <b>Eine entschlossene und geeint vorgehende Union</b>	Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission aus kommunaler Sicht Von <i>Ulrich Fikar</i>	<b>28</b>
■ <b>Hervorragender zweiter Platz für die Landeshauptstadt Mainz</b>	Preise für die Europäische Innovationshauptstadt für das Jahr 2022 Von <i>Barbara Baltsch</i>	<b>30</b>
■ <b>Access City Award für Skellefteå in Schweden</b>	Europäischer Preis für behindertenfreundliche Städte 2023 Von <i>Barbara Baltsch</i>	<b>32</b>
■ <b>Städte präsentierten kulturelle Vielfalt</b>	Die Europäischen Kulturhauptstädte Elefsína, Timișoara und Veszprém Von <i>Barbara Baltsch</i>	<b>34</b>
<b>FORUM PARTNERSCHAFT</b>		<b>36</b>
■ <b>Innovative Projekte zwischen Kommunen gesucht</b>	Preis für kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien	<b>36</b>
<b>RGRE</b>		<b>37</b>
■ <b>Dr. Christoph Schnaudigel erneut Ko-Präsident</b>	Europäischer Hauptausschuss des RGRE-Dachverbandes Von <i>Barbara Baltsch</i>	<b>37</b>
■ <b>Jugend und Europa im Mittelpunkt der Sitzung</b>	Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger Von <i>Marius Henrik Korte</i>	<b>39</b>
<b>WETTBEWERBE</b>		<b>41</b>
<b>NAMEN UND NACHRICHTEN</b>		<b>42</b>
<b>TERMINE</b>		<b>44</b>
<b>IMPRESSUM</b>		<b>45</b>

Der Deutsch-Französische Ausschuss und 60 Jahre Élysée-Vertrag:

# Jahresprogramm ganz im Zeichen des Jubiläums

Deutschland und Frankreich feiern das 60-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages. Die Geschichte der Wiederannäherung, Versöhnung und schließlich Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist ohne die mehr als 2.200 kommunalen Partnerschaften zwischen beiden Ländern nicht denkbar. Der Deutsch-Französische Ausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) setzt sich seit Jahrzehnten für die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene ein und wird das Jubiläum in diesem Jahr entsprechend würdigen und feiern.

Ein Beitrag von  
Andreas Wolter

Wir begehen in diesen Tagen den 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages, dem sogenannten [Élysée-Vertrag](#). Er leitete eine neue Epoche der leidgeprüften binationalen Beziehungen ein und wird allgemein als Wendepunkt des noch in den 1950er-Jahren als schwer belastet angesehenen deutsch-französischen Verhältnisses betrachtet. Als zwei der wichtigsten Früchte dieses Vertrages sind die Einrichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes sowie der Aufschwung der deutsch-französischen Städtepartnerschaftsbewegung zu nennen. Beides prägt noch heute den Diskurs zwischen den beiden Ländern.

Zur Weiterentwicklung und Vertiefung der Beziehungen wurde im Jahr 2019 der [Aachener Vertrag](#) über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration geschlossen. Insbesondere mit der Einrichtung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds und der Aufforderung zur Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften hat er eine große Bedeutung für den [Deutsch-Französischen Ausschuss](#) der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Seit 1963 sind viele Jahre ins Land gegangen. Sie haben die nationale Politik auf höchster Ebene, aber auch die kommunale



Foto: Josppe, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Der Deutsch-Französische Ausschuss feiert das Jubiläum Anfang Februar 2023 gemeinsam mit französischen Kolleginnen und Kollegen in der Residenz des deutschen Botschafters in Paris

Partnerschaftsbewegung im deutsch-französischen Kontext geprägt. Die Beispiele in dieser Ausgabe von „Europa kommunal“ geben einen guten Überblick über die Vielfalt der Aktivitäten. Herauszuheben sind für den Deutsch-Französischen Ausschuss zwei Dinge: die organisatorischen Neuerungen der letzten Jahre und die Inhalte, die aktuell die Diskussion beherrschen.

In Bezug auf die Organisation ist der Deutsch-Französische Ausschuss im RGRE, dem ich vorstehe, in den letzten Jahren zu einem Ausschuss geworden, an dem eine wachsende Anzahl von Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften teilnehmen. Dies

## Zum Autor:

**Andreas Wolter** ist Vorsitzender des Deutsch-Französischen Ausschusses der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Bürgermeister der Stadt Köln.



geschieht direkt physisch – wie im letzten Jahr in Hannover, wo wir die deutsch-französischen Anstrengungen im Bereich des Katastrophenschutzes thematisiert haben – als auch digital. Die Tendenz war bisher immer ansteigend. Hier hilft uns auch die Internetplattform [„jumelage.eu“](https://www.jumelage.eu), die wir in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg als Angebot für kommunale Partnerschaften eingerichtet haben. Dort werden Informationen und Initiativen, aber auch Tipps ausgetauscht.

Auch inhaltlich gesehen hat sich die Arbeit des Deutsch-Französischen Ausschusses in den letzten Jahren weiterentwickelt. Die Diskussion innerhalb des Ausschusses und mit den Kolleginnen und Kollegen der französischen RGRE-Sektion [„Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe“ \(AFCCRE\)](https://www.afccre.org) hat sich – vorsichtig formuliert – den großen politischen Themen zugewendet, die natürlich auch ihre kommunale Dimension haben. So haben wir zum Beispiel in einer unserer letzten gemeinsamen Jahreskonferenzen die europäische Migrationspolitik thematisiert. An diesem Ansatz halten wir fest, ohne den immer notwendigen Aspekt der persönlichen Begegnung für das Kennenlernen und die Vertiefung der Kontakte zu vergessen.

## Aktivitäten im Jubiläumsjahr

Im Jubiläumsjahr 2023 wollen wir noch ein wenig allgemeiner werden und auch feiern. So werden wir am 1. Februar 2023 zusammen mit den französischen Kolleginnen und Kollegen in der Residenz des deutschen Botschafters in Paris das 60-jährige Bestehen des Élysée-Vertrages begehen. Kernstück der Zusammenkunft wird zunächst eine Diskussion zur Bedeutung und zu den Auswirkungen des Vertrages von 1963 sein. Darüber hinaus erweitern wir die deutsch-französische Zusammenarbeit mit dem besonders aktuellen Thema des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Auch dieses Unheil hat seine kommunale Dimension und die Erfahrungen mit dem Élysée-Vertrag können vielleicht zu einem besseren Verständnis und größerer Solidarität mit den ukrainischen Partnerinnen und Partnern führen. Deshalb werden auch kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus der Ukraine im Palais Beauharnais dabei sein.

Im Sommer geht es dann in Nantes weiter. Auf unserer Jahreskonferenz an der Mündung der Loire soll neben der Jugend-



Foto: Juliane Hering

politik so etwas wie die innere Revision des deutsch-französischen Verhältnisses diskutiert werden. Hintergrund ist, dass von verschiedener Seite in den letzten Monaten kolportiert wird, dass das deutsch-französische Verhältnis in einer tiefen Krise steckt. Energiepolitische Divergenzen, europapolitische Unterschiede in Bezug auf den Handlungsspielraum der Europäischen Union und militärpolitische Akzente seien hier als Stichworte genannt.

Als letzte Zusammenkunft des Jahres planen wir im Spätherbst in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf eine Konferenz zum Europäischen Grünen Deal und damit zu einem Thema, das in aller Munde ist und einen kommunalpolitischen „Regenbogen“ hat, der kaum zu erfassen ist. Das soll es im Kern für 2023 sein. Wir freuen uns darauf! ■

Die Mitglieder des Deutsch-Französischen Ausschusses kommen regelmäßig zu Sitzungen und Jahreskonferenzen zusammen, wie zuletzt im Sommer 2022 in Hannover

## Infos

### Élysée-Vertrag:

<https://archiv.diplo.de/arc-de/das-politische-archiv/das-besondere-dokument/-/1496840>

### Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Aachener Vertrag):

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1570126/c720a7f2e1a0128050baaa6a16b760f7/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf?download=1>

### Deutsch-Französischer Ausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

<https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/dfa>

### Plattform „jumelage.eu“ für deutsch-französische kommunale Partnerschaften:

<https://www.jumelage.eu/de>

### Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe:

<https://afccre.org/de>

Deutsch-französische kommunale Partnerschaften:

# Tragendes Element der Zusammenarbeit

Die kommunale Ebene ist als tragendes Element der deutsch-französischen Freundschaft, die am 22. Januar 1963 mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags nach Jahren von Feindschaft und Krieg offiziell besiegelt wurde. Mit dem vor vier Jahren unterzeichneten Vertrag von Aachen über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration ist ein neues Kapitel in den Beziehungen der beiden Länder und damit auch der Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Kommunen aufgeschlagen worden.

Ein Beitrag von  
Prof. Dr. Frank Baasner



Foto: Bundesbildstelle

Der Vertrag über die deutsch-französische Freundschaft wurde am 22. Januar 1963 im Élysée-Palast in Paris unterzeichnet

Das Jahr 2023 wird voller Veranstaltungen zur Erinnerung an die Unterschrift unter den [Élysée-Vertrag](#) vor 60 Jahren sein. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle werden als große Staatsmänner und Friedensstifter gefeiert und die „Freundschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich wird zelebriert werden. Das [Deutsch-Französische Jugendwerk](#), selbst ein Produkt des Vertrags, wird ebenfalls seinen 60. Geburtstag begehen.

Um die deutsch-französischen politischen Beziehungen steht es dabei nicht gerade zum Besten – zu viele Interessenunterschiede,

gegenseitige Schuldzuweisungen und wenig konvergierende strategische Vorstellungen von Europas Zukunft bestimmen die Diskussionen. Vor diesem Hintergrund komplizierter politischer Gespräche sind die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags zu sehen. Erschöpfen sie sich in bloßem Rückblick und Beschönigungen der Situation, dann verpufft der Moment ungenutzt. Gelingt es hingegen, anlässlich dieser Feierlichkeiten neue Impulse für die kommenden Jahre zu setzen, dann kann das große historische Erbe produktiv in die Zukunft entwickelt werden.

## Zum Autor:

**Prof. Dr. Frank Baasner** ist Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) und Ko-Direktor des Deutsch-Französischen Zukunftswerks.

## Ein ungewöhnlicher Vertrag

Der Élysée-Vertrag ist ein singuläres Machwerk – ein Text von wenigen Seiten, der vor allem von der Organisation der Zusammenarbeit handelt, besonders in den Bereichen Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Erziehung beziehungsweise Bildung. Der Inhalt ist im Verhältnis zur Bedeutung, die dieser Vertrag über die Jahrzehnte erlangt hat, erstaunlich mager. Und es ist ein typisch zwischenstaatlicher Vertrag, ein Abkommen zwischen zwei Regierungen. Auch fällt auf, dass die beiden Politikfelder „Außenpolitik“ und „Verteidigung“ genau die beiden Bereiche sind, in denen der französische Präsident seine „domaines réservés“ hat, also diejenigen Bereiche, in die der Premierminister als Regierungschef nicht eingreift. Mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks wurde zudem eine originelle Struktur geschaffen, die sich vorwiegend dem Austausch der jungen Generationen widmet.

In den meisten Texten, die bei früheren Jubiläen des Élysée-Vertrags publiziert wurden, steht dieser Vertrag symbolisch für die deutsch-französische Aussöhnung, ja Freundschaft nach vielen Jahrzehnten kriegerischer Konflikte und gegenseitiger Erniedrigungen. Die Geschichte der Aussöhnung zwischen zwei lange verfeindeten Staaten ist in der Tat weltweit einmalig, und viele konfliktbeladene bilaterale Beziehungen wünschen sich eine ähnliche Entwicklung: Japan und Südkorea seien als Beispiel genannt.

## Anfänge der Annäherung nach 1945

Aber diese friedliche Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen hat nicht erst 1963 begonnen. Im Rückblick scheint es unglaublich: Schon im Herbst 1945 publizierte Joseph Rován, der kurz zuvor aus dem Konzentrationslager Dachau befreit worden war, in der Zeitschrift „ESPRIT“ einen Artikel mit dem Titel „L'Allemagne de nos mérites“, in dem er die Siegermächte und vor allem Frankreich auffordert, sich Deutschland zuzuwenden.

Es folgten in den ersten Jahren nach Kriegsende viele Jugendtreffen, die oft durch die christlichen Kirchen organisiert wurden. Bereits 1948 wurde in Ludwigsburg das [Deutsch-Französische Institut](#) gegründet, als Initiative der Zivilgesellschaft und als Plattform für den Dialog. Im selben Jahr trafen sich in der Schweiz deutsche und französische Bürgermeister auf Einladung ihrer Schweizer Kollegen. Kurz darauf wurde die

Internationale Bürgermeisterunion für die deutsch-französische Verständigung (IBU) gegründet, die kommunale Vertreterinnen und Vertreter zusammenbrachte. Und daraus ging die [erste deutsch-französische Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard](#) hervor. Es waren oft die französischen Bürgermeister, die die Hand ausstreckten, darunter auch Menschen, die selbst als Häftlinge oder Zwangsarbeiter gelitten hatten, wie Bürgermeister Lucien Therradin aus Montbéliard.



Charles de Gaulle (links) und Konrad Adenauer reichten sich vor 60 Jahren die Hand zur Freundschaft

In Frankreich gründete der Germanist Emmanuel Mounier mit Unterstützung des jungen Alfred Grosser und seiner Mutter 1948 das „Comité d'échange avec l'Allemagne nouvelle“. Das französische Komitee für den Austausch mit dem neuen Deutschland bestand aus einflussreichen Persönlichkeiten, die alle Sympathie für Deutschland hatten aber nicht in die Kollaboration verwickelt waren. Das Comité war bis zu seiner Auflösung 1967 sehr eng mit dem Deutsch-Französischen Institut verbunden und hat zahlreiche Veranstaltungen und gemeinsame Programme entwickelt.

Lange bevor Konrad Adenauer und Charles de Gaulle den Élysée-Vertrag unterzeichnet haben, gab es also schon eine breite Bewegung der Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen, bei der die Kommunen eine wichtige Rolle gespielt haben. Diese Tatsache muss immer wieder betont werden: Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Krieg und nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur ging von der Gesellschaft aus, und dabei hatte die Kommune als Platz des gesellschaftlichen Miteinanders einen großen Anteil.

## Kommunale Partnerschaften

Die kommunalen Partnerschaften, die in den 1950er-Jahren förmlich abgeschlossen wurden, sind nicht sehr zahlreich. Nach dem



großartigen Staatsbesuch de Gaulles in Deutschland mit der viel beachteten **Rede an die deutsche Jugend** gab es einen enormen Aufschwung der kommunalen Partnerschaften. Von kleinen ländlichen Gemeinden über mittelgroße Städte bis hin zu Großstädten und Landkreisen gab es keine kommunale Ebene, die nicht von dieser Bewegung erfasst wurde. Dabei ging es in dieser ersten Phase um Frieden, Aussöhnung, Abbau von Feindbildern und Vorurteilen.

In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre springt die Anzahl der Kommunalpartnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich regelrecht in die Höhe, übrigens auch in der damaligen DDR, wenn auch in geringerer Zahl. Es sei daran erinnert, dass es zu dieser Zeit in Frankreich eine sehr starke kommunistische Partei gab, die vor allem auf kommunaler Ebene viele Rathäuser gewinnen konnte. Ein zweiter Boom ist im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu beobachten, als das europäische Einigungsprojekt auch durch den Vertrag von Maastricht und die Entscheidung für eine gemeinsame Währung neue Dynamik bekommen hatte.

Die große empirische Studie **„Städtepartnerschaften – den europäischen Bürgersinn stärken“**, die 2018 vom Deutsch-Französischen Institut für die Bertelsmann Stiftung publiziert wurde, hat deutlich gezeigt, dass sich die Motivation für ein partnerschaftliches Engagement zwischen 1975 und 1990 signifikant geändert hat. Ging es bis in die 1970er-Jahre vorwiegend um Aussöhnung, standen um 1990 die allgemeine Horizonterweiterung und die Förderung der europäischen Integration im Vordergrund. Diese Tendenz, das Engagement für die europäische Einigung als wichtigen Pfeiler der deutsch-französischen kommunalen Zusammenarbeit zu verstehen, hat insgesamt zugenommen und ist durch die jüngsten Krisen noch verstärkt worden. Es zeigt sich also auf kommunaler Ebene ebenso wie auf der Ebene nationaler Politik, dass die deutsch-französische Sonderbeziehung ihren Wert innerhalb der europäischen Dynamik entfalten kann.

Die kommunalen Partnerschaften erwachsen aus der Mitte der Gesellschaft. Von daher sind sie „Graswurzelpänomene“ und als solche nicht automatisch in ihrer Gesamtheit organisiert oder überhaupt als politische Kraft sichtbar. Die Internationale Bürgermeisterunion versuchte das von Anfang an zu ändern. Der **Deutsch-Französische Ausschuss (DFA)**, der 1988 nach der Auflösung der Internationalen Bürger-



Foto: OFAI DFIW / Holger Biermann

meisterunion mit dem Ziel gegründet wurde, die deutsch-französischen Beziehungen auf kommunaler Ebene zu vertiefen und zu erweitern, ist der seit längstem bestehende Fachausschuss in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Er ist ein Sprachrohr der Kommunen, gleich ob Städte, Landkreise oder Gemeinden. Aber er kann nicht für alle Partnerschaften sprechen.

**Die Freundschaften zwischen deutschen und französischen Jugendlichen bilden eine wichtige Säule der Partnerschaft der beiden Länder**



Foto: Stadt Ludwigsburg

**Die Partnerstädte Ludwigsburg und Montbéliard pflegen seit Jahrzehnten einen engen Austausch**

Die Bestrebung, die Summe der kommunalen Kooperationen als tragenden Pfeiler der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sichtbar zu machen, ist eine Daueraufgabe. Die in Kooperation mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und anfangs vom Deutsch-Französischen Bürgerfonds und jetzt vom Auswärtigen Amt geförderte **Plattform „jumelage.eu“ für deutsch-französische kommunale Partnerschaften**, die als Schaufenster sowie Austausch- und Weiterbildungsplattform konzipiert ist und vom Deutsch-Französischen Institut betreut wird, hat eine erfreuliche Dynamik entfaltet, was auf einen deutlichen Bedarf an Austauschmöglichkeiten schließen lässt.



Foto: European Union, 2019 / Etienne Ansotte

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron unterzeichneten im Beisein der beiden Außenminister am 22. Januar 2019 den Vertrag von Aachen

## Kommunale und nationale Ebene

Die kommunale Ebene ist als tragendes Element der deutsch-französischen Beziehungen – so wie in der Europäischen Union insgesamt – nicht wegzudenken. Gleichzeitig stehen die Städte, Landkreise und Gemeinden in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zur nationalen Politik der Regierungen und Parlamente. Deshalb ist das 60-jährige Jubiläum des Élysée-Vertrags auch aus kommunaler Sicht relevant.

Die besondere Rolle des Élysée-Vertrags hat dazu geführt, dass anlässlich von Jubiläen der Wunsch nach besonderen Fortschritten laut wird. Beim **40-jährigen Jubiläum** wurde von den Regierungen eine lange Liste von Vorhaben verabschiedet, von denen zumindest einige auch umgesetzt worden sind. Schon damals wurde übrigens von französischer Seite der Wunsch nach einer Neuauflage des Vertrags geäußert, weil sich die Welt gegenüber 1963 doch zu sehr verändert habe.

Beim 50-jährigen Jubiläum kam diese Idee wieder hoch, und diesmal wurde der Gedanke nicht gleich wieder begraben. Es begannen langwierige Diskussionen, die sich einige Jahre hingezogen haben. Aber am Ende ist es tatsächlich gelungen, 2019 einen neuen deutsch-französischen Vertrag zu unterzeichnen: den **Aachener Vertrag**, der nicht an die Stelle des historischen Élysée-Vertrags tritt, sondern eine neue Epoche der Zusammenarbeit und Integration einläuten soll.

Parallel dazu wurde, und das ist ein absolutes Novum, die **Deutsch-Französische**

**Parlamentarische Versammlung** auf Initiative des Bundestags und der französischen Nationalversammlung „Assemblée Nationale“ gegründet. Diese parlamentarische Versammlung zweier souveräner Staaten ist weltweit einmalig. Ziel ist die bessere Koordination der Politiken vor allem im Bereich der europäischen Themen.

## Vertrag von Aachen

Der Vertrag von Aachen und auch das **Parlamentsabkommen** sind für die kommunale Zusammenarbeit sehr wichtig. Im Parlamentsabkommen werden die Städtepartnerschaften ausdrücklich als wichtig und förderungswürdig erwähnt. Im Vertrag von Aachen werden neue Instrumente für die kommunale Ebene geschaffen. Es sind drei Neuerungen: Da ist der **Deutsch-Französische Bürgerfonds** zur finanziellen Förderung von Austausch- und Kooperationsprojekten, vor allem von Vereinen und Kommunen. Dann gibt es den **deutsch-französischen Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**, der die kleinen und großen Behinderungen in der deutsch-französischen Lebens- und Arbeitspraxis lösen soll. Und schließlich ist da das **Deutsch-Französische Zukunftswerk**, das seine Arbeit 2020 aufgenommen hat.

Das Zukunftswerk wurde in Artikel 22 des Aachener Vertrags mit folgendem Ziel gegründet: „Interessenträger und einschlägige Akteure aus beiden Staaten werden in einem deutsch-französischen Zukunftswerk zusammengebracht, um sich mit Transformationsprozessen in ihren Gesellschaften



auseinanderzusetzen.“ Für die kommunale Ebene ist interessant, dass durch die Aktivitäten des Zukunftswerks Akteure ins Gespräch kommen, die gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen haben, aber bisher nicht unbedingt in einer formellen Partnerschaft verbunden waren. Von daher hat das Zukunftswerk das Potenzial, der kommunalen Kooperation eine neue und die bisherigen Partnerschaften ergänzende Dimension zu geben.

Zurzeit arbeitet das Zukunftswerk zu den Themen der ökologischen Nachhaltigkeit, im aktuellen Arbeitszyklus geht es um „nachhaltige Stadtentwicklung“. Ausgewählte Kommunen, die ambitionierte Programme zum Klimaschutz verfolgen, werden bei ihren Initiativen begleitet, mit Städten beziehungsweise Gemeinden aus dem Partnerland in Dialog gebracht, um voneinander zu lernen und Lösungsansätze kennenzulernen. Im Dialog mit den beteiligten kommunalen Initiativen werden vom Zukunftswerk (administrative) Blockaden und Chancen auf Transformation identifiziert, die dann in politische Handlungsempfehlungen münden.



## Deutsch-Französisches ZUKUNFTS WERK

Mit dem Zukunftswerk wird den Kommunen die Chance eröffnet, durch den deutsch-französischen Austausch ihre Bemühungen um Innovation und Klimaschutz zu beschleunigen und die Aufmerksamkeit der nationalen Regierungen zu erlangen. Damit ist ein neues, zusätzliches Instrument der deutsch-französischen Zusammenarbeit geschaffen worden, das die kommunale und die höheren politischen Ebenen der Landes- und Bundespolitik ins Gespräch bringt.

### Fazit und Ausblick

Anlässlich eines Jubiläums ist es gut, wenn nicht nur auf das Erreichte zurückgeblickt wird, sondern Aufgaben für die Zukunft formuliert werden. 60 Jahre Élysée-Vertrag und vier Jahre Vertrag von Aachen bilden einen soliden Sockel, auf dem die Aufgaben der kommenden Jahre aufbauen können. Die Annäherung der Bevölkerungen bleibt eine Daueraufgabe, die mühsam, aber wertvoll ist. ■

## Infos

### Élysée-Vertrag:

☞ <https://archiv.diplo.de/arc-de/das-politische-archiv/das-besondere-dokument/-/1496840>

### Deutsch-Französisches Jugendwerk:

☞ <https://www.dfjw.org>

### Deutsch-Französisches Institut:

☞ <https://www.dfi.de>

### Erste deutsch-französische Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard:

☞ <https://www.ludwigsburg.de/start/rathaus+und+service/montbeliard.html>

### Rede von Charles de Gaulle an die deutsche Jugend:

☞ <https://degaulle.lpb-bw.de/rede-wortlaut>

### Studie „Städtepartnerschaften – den europäischen Bürgersinn stärken“:

☞ [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ\\_Staedtepartnerschaften\\_2018\\_dt.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Staedtepartnerschaften_2018_dt.pdf)

### Deutsch-Französischer Ausschuss des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

☞ <https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/dfa>

### Plattform „jumelage.eu“ für deutsch-französische kommunale Partnerschaften:

☞ <https://www.jumelage.eu/de>

### Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags:

☞ <https://ec.europa.eu/dorie/fileDownload.do;jsessionid=eu5rpb044vt5P7XJidF3BQSlcuJo8bvsShzEln1XVrweSbWTrs3!-2142749860?docId=125095&cardId=125095>

### Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Aachener Vertrag):

☞ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1570126/c720a7f2e1a0128050baaa6a16b760f7/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf?download=1>

### Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung:

☞ <https://www.bundestag.de/dfpv>

### Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen:

☞ [https://www.bundestag.de/resource/blob/866488/15a45262f2db7625a42d234dob6c41d9/abkommen\\_dt\\_fr-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/866488/15a45262f2db7625a42d234dob6c41d9/abkommen_dt_fr-data.pdf)

### Deutsch-Französischer Bürgerfonds:

☞ <https://www.buergerfonds.eu/startseite>

### Deutsch-französischer Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

☞ <https://www.agz-cct.eu>

### Deutsch-Französisches Zukunftswerk:

☞ <https://df-zukunftswerk.eu>

Energiepolitik in Deutschland und Frankreich im europäischen Kontext:

# Mit Solidarität und Binnenmarkt gegen die Energiekrise

Die Europäische Union befindet sich in einer Energiekrise. Allen voran kämpfen Deutschland und Frankreich mit Energieknappheit. Während Frankreich wegen Problemen mit seinen Atomkraftwerken insbesondere Strom braucht, benötigt Deutschland nach dem Wegfall russischer Lieferungen vor allem Gas. Neben der Solidarität der europäischen Nationen muss der Binnenmarkt für Strom und Gas in der EU vollendet werden. Denn nur ein diskriminierungsfreier grenzüberschreitender Handel kann die Energieversorgung nachhaltiger, preisgünstiger und sicherer machen.

Ein Beitrag von  
Dr. Klaus  
Nutzenberger

Es gehört zu den Binsenweisheiten der Europäischen Union, dass die beiden größten Länder Frankreich und Deutschland zwar politisch so weit wie möglich eng zusammenarbeiten, dass sie grundsätzlich aber durch einige wesentliche Unterschiede getrennt sind. Diese sind vornehmlich politischer oder besser gesagt staatsphilosophischer, verwaltungstechnischer, fiskalischer und militärischer Natur.

Frankreich ist spätestens seit Ludwig XIV. zentralistisch aufgebaut. Deutschland dagegen nicht. Der französische Präfekt ist bis heute der rechte Arm des Innenministers in der „Provinz“. Der Landrat ist dies nicht oder kaum. Auch speist sich der Löwenanteil der Steuern in Frankreich aus indirekten Steuern, in Deutschland ist es umgekehrt. Und das Militär, insbesondere die atomare Abschreckung, wird seit Charles de Gaulle als Garant der Unabhängigkeit des Hexagons (Sechseck, Bild für Frankreichs Grenzumsrisse) gesehen. In Deutschland galt bis vor kurzem noch die Bestellung von festem Schuhwerk für die Truppe fast als kriegstreiberischer Akt.

Trotz dieser Diskrepanzen lebt es sich seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 1963 durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulle eigentlich ganz gut mit-



Foto: European Union, 2022 / Dattl Bendto

Bundeskanzler Olaf Scholz (links) und Staatspräsident Emmanuel Macron – hier mit Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen – wollen die deutsch-französischen Beziehungen weiter ausbauen

einander, wobei die enge Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Präsident Valérie Giscard d'Estaing sowie zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand als besondere Höhepunkte herauszuheben sind. Es scheint auch so zu sein, dass der aktuelle Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron das seit 60 Jahren gut funktionierende Verhältnis stabilisieren und ausbauen wollen. So weit so gut.

Es gibt allerdings noch einen weiteren wichtigen Unterschied in der langen Liste der Differenzen. Dies ist die Energiepolitik. Sie hat einen binationalen, aber auch einen europäischen Aspekt. Während in Frankreich

## Zum Autor:

Dr. Klaus Nutzenberger ist Direktor des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

etwa 70 Prozent des benötigten Stroms aus Atomenergie erzielt wird und die Atomkraft von der Mehrheit der Bevölkerung wohl oder übel akzeptiert wird, stieß die Atomenergie in Deutschland bis vor kurzem noch auf eine sichere und zum Teil militante Ablehnung. Eigentlich ist das heute noch so. Hier setzte man lange Zeit auf Erneuerbare Energien, stellte Atomkraft- und Kohlekraftwerke ab und wollte den Übergang unter anderem mit Gaslieferungen aus Russland bewerkstelligen. Es war eine Art Rückversicherungsvertrag mit Moskau, der hier vollzogen wurde. Bekanntlich wurde der Vorgänger dieses Vertrages 1890 gekündigt; auf deutschen Druck. 2022 kündigte Russland. Die Geschichte hat manchmal Überraschungen im Ärmel.

Doch gehen wir ein paar Monate zurück in politisch ruhigere Zeiten und betrachten wir erneut die beiden Hegemonen der Europäischen Union. Bis zum 24. Februar 2022 bestand der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich in der Energiepolitik nicht nur darin, dass sie ihren Energiebedarf aus unterschiedlichen Quellen speisten, sondern dass es auch erhebliche Unterschiede bei den Energiepreisen für die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher gab: durchschnittlich 32 Cent pro Kilowattstunde in Deutschland und 17 Cent pro Kilowattstunde in Frankreich. Für Unternehmen galten und gelten immer noch Sonderkonditionen.

Deutschland gehörte zusammen mit Dänemark damit zu den Hochpreisländern in Europa für den privaten Bereich. Doch auch hier gilt: Auch wenn sich private Abnehmerinnen und Abnehmer darüber ärgerten, trösteten sich viele sicherlich damit, dass die hohen Preise für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit für einen guten Zweck seien. Eine Sicht, die – wenn man es sich leisten kann – nachzuvollziehen ist. Doch seit der „Kündigung des aktuellen Rückversicherungsvertrages“ ist bekanntlich alles anders. Die Energie, vornehmlich das Gas, mit dem direkt geheizt und produziert oder das zur Stromproduktion genutzt wird, ist knapp, die Alternativen sind rar und die Preise steigen – insbesondere, aber nicht nur für Deutschland.

Die deutschen Politikerinnen und Politiker sind jetzt in einer Zwickmühle. Was tun? Eine (Teil-)Lösung könnte der EU-Energiebinnenmarkt sein, der letztlich die Ware „Energie“ innerhalb Europas problemlos von A nach B senden soll. Er ist bisher nur teilweise eingerichtet, könnte aber rudimentär als Ausgleichsmechanismus zwischen den europäi-



Foto: European Communities, 2009 / Laurent Chamussy

schen Staaten fungieren, um dem jeweils in Not geratenen Staat zu helfen. Die Politik zur Euro-Rettung oder zur COVID-Bekämpfung folgt demselben Prinzip. Familienangehörige sollen sich eben untereinander unterstützen. Rettungen dieser Art tragen jedoch immer zwei Probleme in sich: Man muss das Geld dafür haben und man muss das Problem rein faktisch lösen können.

Als besonderer Partner für Deutschland bei einem solchen Handel bietet sich Frankreich an. Das Hexagon ist ein Nachbarstaat Deutschlands, die technischen Kapazitäten sind mit Einschränkungen vorhanden und die wirtschaftlichen Verflechtungen sind eng. Ähnliches gilt für die kleineren Staaten Belgien, Luxemburg und die Niederlande. Eigentlich eine klare Sache. Doch sie hat, abgesehen davon, dass auch Frankreich nicht „en passant“ mal eben das ganze deutsche Energieproblem lösen kann, einen Haken.

Diesen Haken hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund im Herbst 2022 folgendermaßen beschrieben: „Die Probleme der französischen Atomkraftwerke – Abschaltung der Hälfte der Atomkraftwerke aufgrund von Korrosion und Wartungsarbeiten – sind demnach der Grund dafür, dass Deutschland nun schon im fünften Monat in Folge Strom nach Frankreich exportiert, nachdem über Jahre hinweg ein Stromimport aus Frankreich üblich war. Nun aber erzielte Deutschland allein im ersten Quartal einen Exportüberschuss in das Nachbarland in Höhe von 1,3 Terawattstunden. Diese Verknappung zeigt sich in letzter Zeit auch regelmäßig an der Strombörse: Während in Deutschland am kurzfristigen Strommarkt die Kilowattstunde seit Jahresbeginn im Mittel für 18,5 Cent gehandelt wurde, lag der entsprechende Preis in Frankreich bei 23,2 Cent. Da im grenzüberschreitenden Handel der Strom immer vom billigeren ins

**In Frankreich werden rund 70 Prozent des erzeugten Stroms aus Atomkraft gewonnen**



teurere Land fließt, ergaben sich die deutschen Exporte. Diese starken Exporte führen aber auch dazu, dass die Strompreise hierzulande nochmals deutlich in die Höhe gehen, da die Menge an in Deutschland verfügbarem Strom gesunken ist.“

Fassen wir zusammen: Deutschland hat eine Gaskrise, die nicht nur deshalb so unangenehm ist, weil wir weniger Strom durch Gas produzieren können, sondern weil wir das Gas etwa auch zum Heizen direkt benötigen. Die Regierung versucht, diesem Umstand durch Käufe in der EU und außerhalb abzuwehren. Man wird sehen. Zudem ist die deutsche Stromproduktion momentan auch nicht in der Lage, die Situation zu mildern. Hier wäre ein Rückgriff auf den EU-Energiebinnenmarkt also auf die Kolleginnen und Kollegen westlich des Rheins denkbar – Atomkraft hin oder her. Aber ausgerechnet jetzt laborieren diese an ihren eigenen Problemen, ja mehr noch, sie beziehen selbst mehr Energie aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland, was die Sache für Deutschland im Grunde noch teurer macht. Auch fallen die anderen Länder der EU in dieser Frage aus – weil sie selbst zu wenig Energie haben oder weil es ihnen nur begrenzt möglich ist, Energie nach Deutschland zu liefern. So weit sind wir eben noch nicht.

Die Situation ist vertrackt. Wo liegt die Lösung, wenn man einmal von Hoffnungen auf einen milden Winter, Fehlberechnungen über den Energieverbrauch zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher und unerwarteten Einsparmöglichkeiten absieht? Eine kurzfristige Antwort scheint nicht möglich zu sein. Hoffen wir auf die Verhandlungserfolge



Foto: Th G / Pixabay

Erdgas zählt zu den wichtigsten Energieträgern für den deutschen Primärenergieverbrauch und wird vor allem für die Wärmeversorgung genutzt

der Regierung und die Solidarität der europäischen Nationen sowie die der USA und der mit der westlichen Welt verbundenen Staaten untereinander.

Mittelfristig liegt die Lösung aber in einer Besinnung auf europäische Lösungen. Die EU muss resilienter werden. Das heißt, sie muss in ihren Schlüsselindustrien, -produkten und -rohstoffen autarker und besser werden. Das kann nicht immer sofort gelingen, sollte es aber immer öfter. Ein richtiger EU-Energiebinnenmarkt wäre ein solcher Schritt. Der berechtigte Streit um die Energiequelle – solange sie CO<sub>2</sub>-frei ist – käme dann in einem zweiten Schritt. So etwas nennt man Realpolitik. Ihr Erfinder, Fürst Bismarck, war übrigens nie ein enthusiastischer Anhänger des (ersten) Rückversicherungsvertrages. ■

## Hinweis

Der Beitrag erschien erstmals in der Zeitschrift „Stadt und Gemeinde Digital“ 3/2022 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

## Deutsch-französische Freundschaft in Rheinland-Pfalz

### Europapreis im Zeichen des Jubiläums

Das Land Rheinland-Pfalz verbindet eine besondere Freundschaft zu Frankreich. Das zeigen zum Beispiel die Regionalpartnerschaft mit Burgund-Franche-Comté oder die Zusammenarbeit in der Großregion oder der Oberreinkonferenz. Unter dem Thema „60 Jahre Élysée-Vertrag: Deutsch-französische Freundschaft – erlebt in Rheinland-Pfalz“ ruft die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, Heike Graab, zur Teilnahme am diesjährigen Europapreis des Landes auf.

Eingereicht werden können Theaterstücke, Filmbeiträge, Podcasts, Poetry Slams oder

Collagen. Die Darstellungsform muss im Rahmen der Siegerehrung entweder live aufgeführt oder präsentiert werden können. Prämiert werden Projekte von Schulen, Klassen, (Partnerschafts-)vereinen und außerschulischen Einrichtungen, die mit Unterstützung von Ehrenamtlichen getragen werden. Die ersten drei Preise sind mit 2.000, 1.000 und 500 Euro dotiert. Eine Teilnahme am Wettbewerb ist bis 31. Mai 2023 möglich.

#### Europapreis des Landes Rheinland-Pfalz:

🔗 <https://europa.rlp.de/de/europa-leben/europapreis/>

Studie zu urbanen Großräumen in Deutschland und Frankreich:

# Zusammenarbeit stärkt regionalen Zusammenhalt

Der Trend zur Urbanisierung setzt sich fort, auch in Deutschland und Frankreich. Dies übt erheblichen Druck auch auf das Umland aus. Das Deutsch-Französische Institut und die Wüstenrot Stiftung haben am Beispiel der Großräume Region Hannover, Leipzig, München und Rhein-Neckar auf deutscher Seite sowie Bordeaux, Nancy, Nantes Saint-Nazaire und Toulouse auf französischer Seite untersucht, wie lokale Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch verstärkte Kooperation auf die Herausforderungen reagieren.

Ein Beitrag von  
Dominik Grillmayer



Foto: Michael Siebert / Pixabay

Die bayerische Landeshauptstadt München und ihr Umland gehören zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Deutschlands

Die gestiegene Mobilität, veränderte Arbeits- und Lebenswelten und die wachsende Digitalisierung sind maßgebliche Treiber für gesellschaftlichen Wandel. Dies wirkt sich auch erheblich auf die Entwicklung von Räumen aus. Einerseits kommt es zu einer immer stärkeren Verflechtung zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen, andererseits stehen Räume teilweise in Konkurrenz zueinander – um Investitionen, Arbeitsplätze sowie Einwohnerinnen und Einwohner.

Im Zuge des fortschreitenden Strukturwandels hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft haben sich in Frankreich und Deutschland viele Großstädte als neue Wachstumsmotoren erwiesen und erheblich an Attraktivität gewonnen. Auch wenn die durch die weltweite Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens die Vorzüge der Großstadt vorübergehend zunichte gemacht haben, werden die urbanen Zentren trotz einiger gegenläufiger Trends bis auf Weiteres beliebt bleiben.

## Zum Autor:

**Dominik Grillmayer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Bereichs Gesellschaft am Deutsch-Französischen Institut (dfi).



Was macht das mit dem näheren und erweiterten Umland? Profitieren die Kommunen im Einzugsgebiet von der Wirtschaftskraft der Städte? Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Regionale Kohäsion in urbanen Großräumen entsteht nicht automatisch durch den Wohlstand, der in den Zentren generiert wird, und schon gar nicht flächendeckend. Denn Nutzen und Lasten sind zwischen den Kommunen eines Großraums oft sehr ungleich verteilt.

In Frankreich hat die Bewegung der Gelbwesten eine Entwicklung besonders deutlich vor Augen geführt, deren Hintergründe auch in Deutschland beobachtet werden können – wenn auch in abgeschwächter Form. In relevanten Teilen der Bevölkerung ist offensichtlich eine tief sitzende Unzufriedenheit mit den Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur entstanden. Vielfach konzentriert sich die Diskussion dabei auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in städtisch geprägten und ländlichen Räumen.

## Stadt-Umland-Beziehungen

Doch das Argument, der ländliche Raum sei in Bezug auf die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen immer größeren Benachteiligungen ausgesetzt, während die Stadtbevölkerung „wie die Made im Speck“ wohne, greift vor allem aus zwei Gründen zu kurz. Zum einen lassen sich regional starke Unterschiede beobachten und ländliche Räume sind mitnichten grundsätzlich und überall benachteiligt. Zum anderen sind Teilräume selbst häufig sehr heterogen strukturiert, was besonders für verdichtete urbane Räume gilt. Ohne sich auf den verkürzenden Gegensatz zwischen Stadt und Land zu versteifen, sollte sich der Blick daher auf die Frage richten, wie eine Politik aussehen muss, die unter Berücksichtigung der lokalen räumlichen Strukturen das zusammendenkt, was auch zusammengehört.

Denn gerade in Ballungsräumen verschwimmt der Unterschied zwischen Stadt und Land zunehmend. Hybride Lebensformen, die zwei „Welten“ kombinieren, dürften nach den Erfahrungen während der Corona-Pandemie in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Daher ist bei Planen und kommunalen Verantwortlichen die Erkenntnis gereift, dass in Zukunft stärker auf ein Geben und Nehmen (Reziprozität) zwischen Stadt und Umland geachtet werden muss. Dabei geht es aber nicht in erster



Foto: Larah Vidotto / Pixabay

Linie um eine (finanzielle) Entschädigung für entstandene Nachteile, sondern um die Entwicklung regionaler Strategien, mit denen die territoriale Zusammenarbeit im Bereich der Daseinsvorsorge gefördert wird.

Denn in einer immer mobileren Gesellschaft erleben wir ein neues Verständnis von Nähe. Auch in Bezug auf Räume sind Menschen immer mehr zu Konsumentinnen und Konsumenten geworden, die Angebote gegeneinander abwägen und gegebenenfalls weitere Wege in Kauf nehmen, anstatt den nächstgelegenen Service zu nutzen. Daher scheint der – ohnehin nicht gänzlich einzulösende – Anspruch, überall den gleichen Service in der gleichen Qualität anzubieten, überholt. An die Stelle der territorialen Gleichheit tritt das Gebot der Solidarität zwischen Teilräumen und einer gerechteren Verteilung von Nutzen und Lasten zugunsten aller Bewohnerinnen und Bewohner eines Verflechtungsraums. So können Verantwortungsgemeinschaften entstehen, bei denen sich die Akteure auf Augenhöhe begegnen und komplementäre Angebote entwickeln.

## Regionale Kooperationsansätze

In der [Publikation](#) des Deutsch-Französischen Instituts und der Wüstenrot Stiftung werden die Ebenen der Diskussion in Deutschland und Frankreich aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Im Anschluss an einen analytischen Teil skizzieren Stadtbeziehungsweise Metropolregionen aus beiden Ländern die Grundzüge ihrer regionalen Kooperationsansätze. Die Beispiele wurden ausgewählt, weil sie unterschiedliche Charakteristika und ein Panorama spezifischer

Mit einer Verdoppelung der Bevölkerungszahl seit 1982 ist Toulouse der am schnellsten wachsende Ballungsraum in Frankreich



Die zweisprachige Studie kann im Internet heruntergeladen oder bestellt werden





Foto: Daniel Schwen, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Die Region Hannover – hier die Stadt Wunstorf – ist ein bundesweit einmaliges Modell für die gemeinsame Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben

Ansätze bieten, die darauf abzielen, die territoriale Zusammenarbeit innerhalb eines stark verflochtenen metropolitanen Raums zu fördern.

Dazu gehören wachsende Metropolen, wie Bordeaux, Leipzig, München und Toulouse, die immer mehr Arbeitsplätze und Menschen anziehen. Diese Ballungsräume sind heute gewissermaßen Opfer ihres eigenen Erfolgs und haben mit Spannungen auf dem Immobilienmarkt und Mobilitätsproblemen zu kämpfen. Angesichts dieser Herausforderungen wird im Dialog mit den umliegenden Räumen, die ebenfalls viele neue Einwohnerinnen und Einwohner aufgenommen haben und dies auch weiterhin tun, ein strategischer Ansatz auf Ebene des Verflechtungsraums immer dringlicher, und es gilt daher, über die richtigen Formate für die Zusammenarbeit und Konsultation nachzudenken, um diesen zu entwickeln und umzusetzen.

Dies ist ein Prozess, den die Stadt Hannover und die umliegenden kreisangehörigen Gebiete schon Anfang der 2000er-Jahre mit dem Zusammenschluss zu einer neuen Gebietskörperschaft, der Region Hannover, eingeleitet haben. Dieser institutionelle Ansatz zielt darauf ab, territoriale Probleme dort anzugehen, wo sie entstehen, indem der Planungsraum an die bestehenden lokalen Verflechtungen angepasst wird und die Komplementarität der Infrastrukturen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in diesem erweiterten Gebiet gefördert wird.

Zweitens gibt es polyzentrische Metropolregionen, wie Nantes Saint-Nazaire und die Rhein-Neckar-Region, die in die Attraktivität ihres Gebiets investieren wollen. Während der Großraum Nantes Saint-Nazaire mit sei-

ner starken industriellen Tradition vor allem im Bereich der Häfen versucht, sich neu zu erfinden und hierzu Projekte startet, die auf die wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen reagieren sollen, versucht die Region Rhein-Neckar als eine der am stärksten industrialisierten Regionen Deutschlands, ihre Position zu halten, indem sie nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität setzt.

Der Großraum Nancy schließlich, ein Ballungsgebiet von bescheidenerer Größe, hat einerseits Verbindungen mit dem unmittelbaren Umland im Süden Lothringens geknüpft, um den Austausch besser zu organisieren. Andererseits hat sie durch die Schaffung der sogenannten lothringischen Furche (des *sillon lorrain*) eine Kooperation mit den Städten Thionville, Metz und Épinal gestartet, um von den Vorteilen zu profitieren, die die Polyzentralität bieten kann.

## Trends in Frankreich

Alle diese Beispiele zeichnen sich durch sehr unterschiedliche Formen der Governance aus. Für Frankreich lässt sich der verstärkte Wille seitens der Metropolen erkennen, Kontakte mit den umliegenden Gebieten jenseits der lokalen Entwicklungspläne (Schémas de Cohérence Territoriale, SCoT) zu knüpfen, deren Umfang zu klein für eine strategische territoriale Planung auf der Ebene der Metropolregion ist. Gleichzeitig erweist sich diese Aufgabe als schwierig, wenn Kommunalverbände in den Suburbanisierungsringen der großen Städte und Départements



Foto: Franck Barske / Pixabay

wenig Interesse daran zeigen, enger mit der Metropole zusammenzuarbeiten, die vermeintlich alle Ressourcen aufsaugt.

In Bordeaux setzen die lokalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf bilaterale Formen der Zusammenarbeit, insbesondere mit Gebieten außerhalb des Verflechtungsraums, um dieses Problem zu lösen. Toulouse verfolgt eine Vielzahl von mehr oder weniger institutionalisierten Formaten mit variabler Geometrie, um territoriale Fragen „auf der richtigen Ebene“ anzugehen. Nancy und die lothringischen Partnerstädte des *sillon lorrain* nutzen als erste das 2010 eingeführte Instrument des *pôle métropolitain*, zu dem sich mehrere Kommunalverbände eines urbanen Großraums zusammenschließen können, um eine gemeinsame Strategie für die regionale Entwicklung zu verfolgen und konkrete Projekte umzusetzen. Auch Nantes und Saint-Nazaire haben sich für diese Lösung entschieden, die durchaus eine territoriale Dynamik ausgelöst hat.

## Ansätze in Deutschland

Die in Deutschland untersuchten Fälle zeigen ebenfalls eine große Vielfalt von Ansätzen und die wachsende Bedeutung der informellen Zusammenarbeit zwischen Räumen. Die Region Rhein-Neckar beispielsweise versucht, formelle Regionalplanung und informelle Regionalentwicklung so gut wie möglich zu verknüpfen, insbesondere durch Public Private Partnership. Für die Stadt Leipzig, die nach der Wiedervereinigung eine starke Suburbanisierung erlebte, kann man seit den 2000er-Jahren eine Reurbanisierung

beobachten, mit der auch ein Wachstum im benachbarten periurbanen Raum einherging. Die weiter entfernten Gebiete sind währenddessen weiterhin von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die lokalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger heute vor allem auf die regionale Ebene setzen, um eine nachhaltige Entwicklung des Raums zu gewährleisten.

Die gleiche Beobachtung gilt für die bayerische Landeshauptstadt München. Sie versucht, das Wachstum zu „organisieren“, indem sie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in ihren Vororten intensiviert – sowohl innerhalb als auch außerhalb der formalen Planungsgremien. Dabei werden innovative Ansätze für die Durchführung von regionalen Projekten erprobt, insbesondere in Bezug auf Mobilität und Wohnraum. Schließlich startet die Region Hannover, die bereits vor Jahren erfolgreich den institutionellen Rahmen für die Verwaltung des Ballungsraumes angepasst hatte, auch informelle Kooperationen mit benachbarten Räumen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Der deutsch-französische Vergleich zeigt, dass beiderseits des Rheins nach Lösungen gesucht wird, um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die zum Teil deutlichen Unterschiede in Staatsaufbau und Verwaltungsstrukturen sind zwar unübersehbar und prägen die Praxis der regionalen Zusammenarbeit entscheidend mit, doch angesichts sehr ähnlich gelagerter Herausforderungen erweist sich eine grenzüberschreitende Perspektive stets als gewinnbringend. ■

**Nantes und Saint-Nazaire bilden zusammen eines der bedeutendsten Wirtschaftszentren im Westen Frankreichs und eine der einwohnerstärksten Metropolregionen des Landes**

## Infos

**Publikation „Urbane Großräume in Deutschland und Frankreich – Fragen und Formen regionaler Kooperation“:**

📄 <https://wuestenrotstiftung.de/publikationen/urbane-grossraume-in-deutschland-und-frankreich-download/>



Enge Zusammenarbeit der Stadt Essen und der Stadt Grenoble:

# Städtepartnerschaft auf dem Weg in die Zukunft

Die Städte Essen und Grenoble sind seit mehr als 40 Jahren Partnerstädte. Neben einem intensiven Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen, Vereinen, Verbänden und Schulen arbeiten die Städte auch in Zukunftsfragen eng zusammen. Die beiden Träger des Titels „Grüne Hauptstadt Europas“ tauschen ihr Wissen und ihre Erfahrungen in Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsthemen dabei weltweit auch mit weiteren Städten aus.

Ein Beitrag von  
Nina Schemeit



Foto: Stadt Essen

Ein Schild vor dem Rathaus weist auf die Städtepartnerschaften der Stadt Essen hin

Im Jahr 2019 feierten **Essen** und **Grenoble** bereits das 40-jährige Bestehen ihrer Städtepartnerschaft: Am 20. Januar 1979 unterzeichneten der damalige Bürgermeister von Grenoble, Hubert Dubedout, und Essens früherer Oberbürgermeister Horst Katzor in Grenoble das Freundschaftsprotokoll Grenoble-Essen. Dabei war es anfangs gar nicht so einfach, die Hemmschwellen zu überwinden. So war die Hauptstadt des Départements Isère während der Nazibesatzung eine Keimzelle des französischen Widerstands, daher gab es gegenüber Deutschland auch in den

1970er-Jahren noch große Vorbehalte. Allerdings waren beide Seiten sehr bemüht, eine Partnerschaft aufzubauen.

Kontakte bestehen bereits seit 1974, sodass die beiden Städte inzwischen seit fast 50 Jahren in regem Austausch stehen. Die Kooperation findet sich auf vielen verschiedenen Ebenen. So stehen nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger beider Städte in Kontakt, sondern auch Institutionen, Vereine, Verbände und nicht zuletzt Schulen. Sowohl Essen als auch Grenoble sind wichtige Hochschulstandorte in ihrer jeweiligen Region.

## Zur Autorin:

**Nina Schemeit** ist Mitarbeiterin der Stabsstelle Internationale Beziehungen der Stadt Essen.





Foto: JM Francillon

Grenoble in der Region Rhône-Alpes im Südosten Frankreichs erlangte Weltruhm als Austragungsort der Olympischen Winterspiele 1968

## Reger Schüler- und Jugendaustausch

Die Stadt Essen pflegt seit vielen Jahren schulische Austausche mit ihrer französischen Partnerstadt. Durch die Corona-Pandemie entstand eine ungewollte Pause, aber die Kontakte rissen trotzdem nicht ab, und im vergangenen November besuchte erstmals wieder eine Grenobler Schulklasse die Stadt Essen.

Auch thematisch haben in der Vergangenheit deutsche und französische Schülergruppen zusammengearbeitet. So kamen zum 40-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft Grenobler Jugendliche nach Essen, die gemeinsam mit Essener Schülerinnen und Schüler an einem Workshop zum Thema „Transformation der Städte“ teilnahmen. Im Anschluss daran fand im Rahmen der Jahrestagung des Deutsch-Französischen Ausschusses des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ein Townhall Meeting im Essener Ratssaal statt, bei dem sich deutsche und französische Politikerinnen und Politiker den Fragen der jungen Menschen rund um die Themen Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), die Einführung und Nutzung von E-Scootern, den Bau von Fahrradwegen sowie die Förderung der Integration stellten.

Das Townhall Meeting wurde mit dem Wettbewerb [„Europa bei uns Zuhause“](#) prämiert, mit dem die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Projekte der europäischen Städtepartnerschaftsarbeit fördert. Die Essener Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfuhren durch die Begegnung mit den gleichaltrigen Besucherinnen und Besuchern kulturelle Unterschiede, aber vor allem auch Gemeinsamkeiten, denn sowohl Essen als auch Grenoble stehen bei dem Thema „Transformation der Städte“ vor ähnlichen Herausforderungen.

Ebenso werden Jugendliche und junge Erwachsene in die Partnerschaft eingebunden. Grenoble veranstaltet seit einigen Jahren das Musikfestival [„Divercities“](#), zu dem auch junge Menschen aus allen Partnerstädten eingeladen werden. Für zehn Tage kommen dazu Jugendliche zusammen, die gemeinsam eine musikalische Darbietung ausarbeiten und diese bei einem abschließenden Konzert präsentieren. Auch Essen bietet jeden Sommer Jugendlichen aus allen Partnerstädten die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens: Seit 36 Jahren veranstaltet das Jugendamt das [Internationale Jugendtreffen der Essener Partnerstädte](#), an dem insgesamt schon über 1.000 Jugendliche teilgenommen haben. In verschiedenen Workshops werden Themen erarbeitet. Darüber hinaus erkunden die jungen Erwachsenen gemeinsam die Region.



Grafik: Anja Witt, Stadt Essen

Die Städte Essen und Grenoble sind seit 1979 offiziell miteinander verschwistert

## Treffen von Vereinen und Gruppen

Aber nicht nur Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche profitieren von den regelmäßigen gegenseitigen Besuchen. Bereits Tradition hat auch der Austausch zwischen einer Volkshochschulgruppe und einer Grenobler Gruppe der Universität Inter-Âges Du Dauphiné, der bereits seit über 30 Jahren

gelebt wird. Beteiligt sind rund 60 Erwachsene, die sich alle zwei Jahre besuchen und dabei thematische Ausflüge unternehmen. So konnten die Teilnehmenden beim letzten Besuch im Mai 2022 unter anderem das in Grenoble ansässige European Synchrotron Radiation Facility (ESRF) und das Institut de Biologie Structurale (IBS) genauer kennenlernen. Das aktuelle Thema „Grüne Hauptstadt Europas“ war natürlich ebenfalls Teil des Programms und wurde von der Gruppe beleuchtet.

An der Grenobler **„Biennale des Wandels“** im Jahr 2021 konnten neben Oberbürgermeister Thomas Kufen vier Studierende aus Essen teilnehmen, wenn auch aufgrund der Corona-Pandemie nur online. Gemeinsam mit jungen Erwachsenen aus Grenoble und mehreren Partnerstädten Grenobles, darunter Suzhou in China und Ouagadougou in Burkina Faso, wurde ein Videoprojekt ausgearbeitet, in dem sich die Teilnehmenden vor allem mit Umweltproblemen in den Heimatstädten auseinandersetzten und trotz vieler tausend Kilometer Entfernung auf ähnliche Probleme stießen.

Die Partnerschaft wird auch im kulturellen Sektor gelebt: Seit dem 10. Januar 2023 wird im **Maison de l'International** im Rahmen des „Deutschland-Monats“ in Grenoble eine Ausstellung gezeigt, an der mehrere Essener Künstlerinnen und Künstler beteiligt sind. Einer der Künstler wirkte bereits im vergangenen Jahr an der Ausstellung „Connexion-Connection-Verbindung / Les Humains & La Nature“ mit, einer trinationalen Kooperation von Kunstschaffenden aus Grenobles Partnerstädten Essen und Oxford sowie aus Grenoble selbst. Anlass der aktuellen Ausstellung „Zusammen frei / Ensemble libre“ ist der Deutschland-Monat im Rahmen des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages. Zu sehen sind Fotografie, Malerei, Bildhauerei, Installation und Konzeptkunst. Auch in Essen wurde in diesem Kontext ein Programm des **Deutsch-Französischen Kulturzentrums** angeboten, das unter anderem Austauschprogramme für Jugendliche, Möglichkeiten für Studium und Praktika sowie eine Diskussion zur Überwindung deutsch-französischer Krisen zum Inhalt hatte.

Was den sportlichen Aspekt betrifft, ist Grenoble vor allem als Austragungsort der Olympischen Winterspiele 1968 bekannt. Bei dem jährlich veranstalteten Halbmarathon von Grenoble nach Vizille nehmen im kommenden April zum wiederholten Male wieder Essener Sportbegeisterte teil.



Foto: Stadt Essen

### Fachlicher Austausch zu Umwelt- und Klimaschutz

Die Städtepartnerschaft hat sich über die Jahrzehnte hinweg thematisch weiterentwickelt. Auch „grüne“ Themen fanden im Austausch Platz. Nachdem Essen den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ tragen durfte, wurde Grenoble zur „Grünen Hauptstadt Europas 2022“ gekürt. Seit 2010 wird die Auszeichnung **„European Green Capital“** von der Europäischen Kommission an Städte verliehen, die sich einer nachhaltigen Zukunft verschrieben haben und hohe Umweltziele erreichen. Gerade in der Bewerbungsphase fand ein intensiver Austausch mit verschiedenen Workshops und regelmäßigen Online-Meetings statt. Umfassende Unterstützung für Grenobles Bewerbung kam vor allem von Seiten der **Grünen Hauptstadt Agentur Essen**. Die Mitarbeitenden teilten ihre Expertise mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Grenoble bei der Bewerbung um den europäischen Titel. Auch während des Grüne-Hauptstadt-Jahres 2022 gab es zahlreiche Begegnungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Essen, aber vor allem in Grenoble.

Die **Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG)** bringt sich seit 2017 im Bereich Umwelt- und Klimaschutz ein: „Der Wirtschaftsstandort Essen engagiert sich aktiv für einen nachhaltigen und tragfähigen Wasserstoffmarkt und setzt sehr auf eine noch engere Zusammenarbeit mit Grenoble. Denn Frankreich gehört zu den internationalen Vorreitern bei Wasserstoff und Grenoble nimmt durch seine Unternehmen und Forschungseinrichtungen eine besondere Position ein“, weiß EWG-Geschäftsführer Andre Boschem. Essen ist mit rund 14.300 „Green Jobs“ führend in der Metropole Ruhr.

Aktuell kooperieren die Städte Koriyama und Toyota City mit Essen und Grenoble

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft begrüßte Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (2. v. rechts) eine französische Delegation mit Odile Barnola, Maude Tavel, Bürgermeister Eric Piolle und Annick Sibelle (von links)

im Programm [☞ „International Urban and Regional Cooperation“](#) der Europäischen Union. Anfang 2022 beschlossen die vier Städte eine Zusammenarbeit mit den Themenschwerpunkten Wasserstoff und Open Innovation. Wasserstoff ist ein wesentlicher Faktor, um unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden und die Energiewende wirksam einzuleiten. Um die aktuell noch bestehenden technischen und sozialen Hindernisse zu überwinden, sind Maßnahmen und der gemeinsame Austausch über nationale Grenzen hinweg unerlässlich.

Als Hauptsitz einiger der größten europäischen Unternehmen im Energiesektor entwarf Essen einen Wasserstoff-Aktionsplan. Er sieht vor, Brennstoffzellen für Busse des Öffentlichen Personennahverkehrs, für Müllwagen, Logistik und schließlich für die Schwerindustrie einzuführen. Auch in der „Grünen Hauptstadt Europas“ von 2022 sitzen bekannte Unternehmen des Energiesektors, mit denen eine Zusammenarbeit mit den Industrien in Toyota und Koriyama durchaus gewinnbringend sein könnte. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis für die langfristige Wasserstoffwirtschaft zu entwickeln.

„GreenGrenoble 2022“: Bereits lange vor dem Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ hat die französische Stadt am Fuße der Alpen im Jahr 2005 einen Klimaplan ausgearbeitet. Zwischen 2005 und 2016 wurden die städtischen Treibhausgasemissionen um 25 Prozent verringert, Grenoble strebt eine 50-prozentige Reduzierung bis 2030 an. Stadtoberhaupt Eric Piolle ist Frankreichs erster grüner Bürgermeister, Umweltschutz eines seiner Hauptanliegen. Als erste Stadt in Frankreich führte Grenoble im innerstädtischen Verkehr des gesamten Stadtgebiets im Jahr 2019 Tempo 30 ein. Inzwischen gilt dies auch in einigen anderen Großstädten Frankreichs, unter anderem in Paris.

Da Essen und Grenoble die Ziele und Erfolge aus den Titeljahren 2017 und 2022 gleichermaßen weiterführen und vertiefen möchten, begann im vergangenen Jahr ein gemeinsames Erasmus+-Projekt. Unter dem Namen „Green Cities Cooperation“ arbeiten die Partnerstädte für zwölf Monate im Kampf gegen den Klimawandel zusammen. Hauptsächlich berufen sich die Städte dabei auf den Austausch von Good Practice. So können beide Seiten voneinander in Schlüsselbereichen des Grünen Wandels lernen. Darüber hinaus möchten Essen und Grenoble zusammen Fähigkeiten und Kompetenzen entwickeln.

Beiden Städten ist die Fortführung der im Grüne-Hauptstadt-Jahr angestoßenen nach-

haltigen Ziele und Themen sehr wichtig. „Am Ende steht für uns alle steigende Lebensqualität durch naturnahe Lebensbedingungen, gute Arbeitsmöglichkeiten und prosperierende Umwelttechnologien. Das urbane Leben von morgen verdankt seine Qualität der modernen Stadtentwicklung – diese wird Nachhaltigkeit, Mobilität und Digitalisierung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zukünftig umsetzen“, so Oberbürgermeister Kufen.

Das 60-jährige Jubiläum des Élysée-Vertrages, der einst als Grundlage für die deutsch-französische Freundschaft sowie den Frieden in Europa fungierte, bietet bis heute für das Städtedoppel Essen-Grenoble sowie für über 2.200 weitere deutsch-französische Städtepartnerschaften Anlass zu einem Ausblick in eine lebendige Zukunft mit facettenreichen Austauschen und Kooperationen. ■

## Infos

### Stadt Essen:

☞ <https://www.essen.de>

### Stadt Grenoble:

☞ <https://www.grenoble.fr>

### Wettbewerb „Europa bei uns Zuhause“ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen:

☞ <https://mbei.nrw.de/europa-bei-uns-zuhause>

### Musikfestival „Divercities“ in Grenoble:

☞ <https://www.grenoble.fr/2415-divercities.htm>

### Internationales Jugendtreffen der Essener Partnerstädte:

☞ <https://www.townload-essen.de/beitrag/internationale-jugendtreffen>

### Biennale des Wandels in Grenoble:

☞ <https://www.grenoble.fr/2290-biennale-des-tilles-en-transition.htm>

### Maison de l'International in Grenoble:

☞ <https://www.grenoble.fr/98-maison-de-l-international.htm>

### Deutsch-Französisches Kulturzentrum Essen:

☞ <https://www.institutfrançais.de/essen>

### Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“:

☞ [https://environment.ec.europa.eu/topics/urban-environment/european-green-capital-award\\_en](https://environment.ec.europa.eu/topics/urban-environment/european-green-capital-award_en)

### Grüne Hauptstadt Agentur Essen:

☞ [https://www.visitessen.de/essentourismus\\_convention/green\\_meeting/convention\\_gruene\\_hauptstadt\\_agentur.de.html](https://www.visitessen.de/essentourismus_convention/green_meeting/convention_gruene_hauptstadt_agentur.de.html)

### Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH:

☞ <https://www.ewg.de>

### EU-Programm „International Urban and Regional Cooperation“:

☞ <https://www.iurc.eu>



Deutsch-französische Projekte im und vom Landkreis Emmendingen:

# Gute Netzwerke und enge Kontakte über den Rhein

Die Verwaltung des Landkreises Emmendingen pflegt vertrauensvolle und enge Kooperationen zum französischen Nachbarn. Verschiedene aktuelle Projekte aus den Bereichen Klimaschutz, Tourismus, Kultur sowie Bürgerbegegnungen verbinden beide Partner auf einer Rheinlänge von rund 18 Kilometern.

Ein Beitrag von  
Silke Tebel-Haas



Foto: Landratsamt Emmendingen

Jedes Jahr findet im Rahmen von Stadtradeln eine grenzüberschreitende Fahrradtour am Rhein statt

Den Élysée-Vertrag mit Freunden in Frankreich feiern? Kein Problem, wenn man im grenznahen [Landkreis Emmendingen](#) wohnt: Wer früh aufsteht und um 6.36 Uhr in Emmendingen am Bahnhof in den TGV steigt, kann bereits nach einer Stunde in Straßburg aussteigen oder um 9:40 Uhr in Paris am Gare de l'Est Kaffee und Croissants genießen. Zum Vergleich: Für eine Fahrt in die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart brauchen Reisende gut zwei und für eine Fahrt in die deutsche Hauptstadt Berlin sieben Stunden. Kein Wunder also, dass der Rhein für viele Menschen in Südbaden schon seit Jahren keine Grenze mehr ist, sondern beide Regionen verbindet.

Auch bei der Verwaltung und der Politik hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

an Fahrt gewonnen und freut sich über gute Netzwerke und enge Kontakte auf beiden Rheinseiten. „So wie wir gute Beziehungen zu unseren Nachbarn auf der deutschen Seite pflegen, kooperieren wir ebenfalls mit den französischen Partnern über den Rhein: Trotz verschiedener Sprachen und unterschiedlichen politischen Systemen und Zuständigkeiten ist die Zusammenarbeit bei den Themen Arbeit, Verkehr, Umwelt und Kultur für den Landkreis eine große Bereicherung“, sagt Landrat Hanno Hurth.

Der Landkreis Emmendingen, südlich vom Europapark in Ringsheim und nördlich von Freiburg gelegen, zählt derzeit 171.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 24 Städten und Gemeinden. Sie pflegen 19 kommunale Partnerschaften oder freundschaftliche

## Zur Autorin:

**Silke Tebel-Haas** ist Europabeauftragte und Pressereferentin für den Landkreis Emmendingen.

Kontakte mit französischen Kommunen, darunter allein zehn mit Städten und Gemeinden in unmittelbarer Nähe im Elsass. Für das Jubiläumsjahr 2023 planen die Kommunen zahlreiche Begegnungen für Jugendliche, Sportlerinnen und Sportler, Künstlerinnen und Künstler sowie Politikerinnen und Politiker. Der Landkreis Emmendingen ist Mitglied im [Eurodistrict Region Freiburg – Centre et Sud Alsace](#).

## Start ins Jubiläumsjahr

Den Start ins deutsche-französische Jubiläumsjahr machte am 22. Januar 2023 eine Kooperationsveranstaltung vom Deutschen Tagebucharchiv und dem Landkreis Emmendingen mit der Lesung eines Textes von Lilly A. mit dem Titel „Ich bin die Made – Frankreich der Speck“ und weiteren Tagebuchtexten. Wie bereits vor zehn Jahren beim 50. Élysée-Vertragsjubiläum wurden deutsch-französische Freundschaften, aber auch Erfahrungen aus beiden Weltkriegen sowie Arbeits- und Lebenserfahrungen in dem jeweils anderen Nachbarland vorgetragen.

Das in Deutschland einmalige [Deutsche Tagebucharchiv](#) in Emmendingen sammelt und archiviert seit 1998 unveröffentlichte deutschsprachige Tagebücher, Lebenserinnerungen und Briefe, die der Wissenschaft und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Unter anderem arbeiten die überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen auch in einem Netzwerk europäischer Tagebucharchive und pflegen einen engen Austausch mit dem französischen Partner.

Anlass der Veranstaltung war neben dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags insofern auch die 25-jährige erfolgreiche Kooperation mit dem französischen Tagebucharchiv in Ambérieu-en Bugey in der Region Auvergne-Rhône-Alpes. Erneut folgten am Jubiläumstag rund 80 Hörerinnen und Hörer den interessant vorgetragenen Texten und dem Grußwort des französischen Bürgermeisters der nahe gelegenen elsässischen Stadt Sélestat, in der sich die als Weltkulturerbe ausgezeichnete Humanistenbibliothek [„Bibliothèque Humaniste“](#) befindet.

Dass eine solche Veranstaltung realisiert und finanziert werden kann, ist der deutschen und der französischen Regierung zu verdanken, die nach dem 55. Jubiläum den [Deutsch-Französischen Bürgerfonds](#) ins Leben gerufen haben. Er stellt Kommunen und Vereinen der Zivilgesellschaft ein niederschwelliges Förderangebot für Bege-



Foto: BZ Emmendingen

nungsveranstaltungen und Projekte über Grenzen und über Generationen hinweg zur Verfügung. Im Vorfeld des 60-jährigen Bestehens des Élysée-Vertrags wurde ein besonderer Fonds für Feierlichkeiten zum Gedenken an den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag aufgelegt. Diese Unterstützung half den Veranstaltern des Deutschen Tagebucharchivs in Emmendingen, um mit den französischen Partnern gemeinsam feiern und die Beziehung für die nächsten Jahre ausbauen und festigen zu können.

## Deutsch-französisches Radeln für das Klima

Auf die Räder, fertig los! So heißt es auch in diesem Jahr wieder für den Landkreis Emmendingen und seiner französischen Nachbarregion, dem Planungsverband [Pôle d'Équilibre Territorial et Rural \(PETR\) Sélestat-Alsace Centrale](#). Die Aktion Stadtradeln, die der Klimaschutzmanager des Landkreises Emmendingen für die 24 Städte und Gemeinden in seinem Gebiet organisiert, wird 2023 zum vierten Mal mit den Partnern auf der französischen Seite rheinüberschreitend durchgeführt.

Ziel des Wettbewerbs ist es, auf beiden Rheinseiten möglichst viele tägliche Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen, die Treibhausgasemissionen zu senken und den Anteil des Fahrrads am täglichen Verkehr zu erhöhen. Beide Partner legen sich auf einen gemeinsamen Zeitraum fest. In diesem Jahr findet das Stadtradeln vom 20. Juni bis zum 9. Juli statt. Höhepunkt des Wettbewerbs ist alljährlich eine gemeinsame Radtour mit den elsässischen Nachbarn. Letztes Jahr

Die Französin Evelyne Picard las im Emmendinger Tagebucharchiv Texte im Rahmen der Matinée zu 60 Jahre Élysée-Vertrag im Alten Rathaus in Emmendingen vor



konnten Teilnehmende von Sasbach über die Rheinbrücke nach Marckolsheim bis nach Schoenau französische Radwege kennenlernen. In Marckolsheim wurde ein Schulneubau besichtigt und der Bürgermeister der Gemeinde Schoenau informierte über die Idee einer geplanten Fußgänger- und Radfahre zwischen dem französischen Schoenau und dem deutschen Weisweil.

Vor vier Jahren hat der PÉTR Sélestat-Alsace Centrale im Rahmen einer Förderung des Projektes [„Tandem – Deutsch-Französische Partnerschaften für die Lokale Energiewende“](#) die deutsche App und die Informationsmaterialien ins Französische übersetzt und mit der ersten Durchführung des Wettbewerbs 2020 in Frankreich Pionierarbeit geleistet. Im Jahr 2022 wurden der Landkreis Emmendingen und der PÉTR Sélestat Alsace Centrale mit dem ersten Platz als fahradaktivstes Tandem mit den meisten Radkilometern gewürdigt.

## Neue digitale Radfahrkarte Elzach-Villé

Dass man mit dem Fahrrad über den Rhein fahren kann, zeigt auch die neue deutsch-französische Radfahrkarte Elzach-Villé. Sie informiert analog und neu in digitaler Form über den 88 Kilometer langen deutsch-französischen Radwanderweg, der durch insgesamt 20 Gemeinden der Grenzregion führt. Darüber hinaus verbindet die Strecke die kommunalen Partnerschaften von Elzach und Villé (seit 1993), Waldkirch und Sélestat (1966) sowie Sasbach und Marckolsheim (seit 1960 miteinander freundschaftlich verbunden). In beide Fahrrichtungen können Radfahrende eintauchen in idyllische Dörfer, Schwarzwaldatmosphäre, die Weinstraße, die Vogesen und weitere touristische Sehenswürdigkeiten.

Die neue Radwanderkarte wird durch das Programm [„Nouveaux horizons“](#) der Baden-Württemberg Stiftung gefördert. Der Link mit QR-Codes zur Onlineversion, dem digitalen Reiseführer und zur Tourennavigation kann auf der Internetseite des Landkreises Emmendingen eingesehen werden. Ziel dieses grenzüberschreitenden Projektes war es, möglichst viele Menschen einzuladen, um auf umweltschonende und nachhaltige Art die benachbarte Grenzregion mit ihren schönen Landschaften und tollen Erlebnis- und Gastronomieangeboten zwischen Schwarzwald und Vogesen zu entdecken. Auf dieser Strecke lässt sich Europa im wahrsten Sinne des Wortes erfahren.



Foto: Landratsamt Emmendingen

## Tage der offenen Gartentür

Im Zeitraum Mai bis August organisiert das Landratsamt Emmendingen jährlich die Tage der offenen Gartentür (Jardins ouverts). Seit vielen Jahren öffnen auch elsässische Gärten ihre Pforten und nehmen am Programm teil. Ein Flyer informiert über die Termine und Angebote in deutscher und französischer Sprache. Gerade Gartenliebhaberinnen und Gartenliebhaber kommen bei der Besichtigung der jeweils anderen

Die neue Radwanderkarte Elzach-Villé informiert über den 88 Kilometer langen deutsch-französischen Radwanderweg



Foto: Landratsamt Emmendingen

An den Tagen der offenen Gartentür nehmen auch französische Gärten teil

Gärten trotz Sprachhindernissen miteinander ins Gespräch und manche Staude wandert anschließend über die Landesgrenze. Die Aktion erstreckt sich über alle Städte und Gemeinden im Landkreis und schließt auch Hausgärten, Obstgärten sowie klimafreundliche und naturnahe Gärten ein.

## Bürgerbeteiligungsprojekt zum Klimaschutz

Der Rhein verbindet den Landkreis Emmendingen und den PÉTR Sélestat Alsace Centrale auf einer Länge von 18 Kilometern zu



einer deutsch-französischen Grenzregion, die einzigartig in ihrer Natur und Geschichte ist. Klimaschutz hat für beide Regionen bereits seit Jahren einen hohen Stellenwert: In den vergangenen Jahren wurden Führungen von Best Practice-Beispielen in den beiden großen Kreisstädten Emmendingen und Waldkirch wie auch in Sélestat, der Plusenergie-gemeinde Muttersholtz und Elzach angeboten. Themen waren unter anderem energetische Gebäudesanierung, Wasserkraft, Blockheizkraftwerke und der Austausch zwischen deutschen Bürgerenergiegenossenschaften und französischen Initiativen verschiedener Gemeinden.

Aufbauend auf die jahrelange Projektarbeit zwischen den Verwaltungen bestand der Wunsch, Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine für Projekte und Informationen zu gewinnen und grenzüberschreitend miteinander zu vernetzen. Insofern lag der Schritt nahe, sich um eine Förderung zu bewerben. Deutschlandweit hatte die Robert Bosch Stiftung zur Teilnahme am Förderprogramm [„Common Ground – Über Grenzen mitgestalten“](#) aufgerufen und dabei explizit Landkreise angesprochen, die einen Prozess grenzübergreifender Bürgerbeteiligung zur Gestaltung und Entwicklung ihrer Region starten möchten. In dem Verfahren wurden an allen deutschen Ländergrenzen insgesamt acht Grenzregionen ausgewählt, die finanziell gefördert, beraten und wissenschaftlich begleitet werden.

Der Landkreis Emmendingen und der PETR Sélestat Alsace Centrale wurden mit ihrem Bürgerbeteiligungsprojekt „R(h)einverbindlich“ im Juni 2022 als Common Ground-Gebiet nominiert und freuen sich auf die intensive Kooperation für einen Zeitraum von drei Jahren. Ziel ist es, grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung aufzubauen und gemeinsam unter Mitwirkung vieler Bürgerinnen und Bürger die Zusammenarbeit in den Themen Erneuerbare Energien und grenzüberschreitender Klima- und Umweltschutz zu vertiefen.

Konzipiert ist die Bürgerbeteiligung in unterschiedlichen Formaten: Bürgerwerkstatt und Seminare werden ergänzt durch Aktionen mit Event-Charakter, wie Führungen, Vorträge, Kanu- und Radtouren sowie Medienveranstaltungen. Geplant sind auch Einsätze in der Natur sowie regelmäßige Austausche mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik – von der kommunalen bis zur europäischen Ebene. Alle Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht, die Unterlagen zweisprachig aufbereitet.



Foto: Landratsamt Emmendingen

Zentraler Ort für Gestaltungsideen soll die ehemalige französische Grenzplattform auf der Rheininsel bei Marckolsheim sein, sozusagen als wortwörtlicher „Common Ground“ für beide Nationen. „Der Rhein soll keine Grenze mehr sein, sondern ein Bindeglied, ein Ort, an dem die europäische Kultur gestärkt werden soll, indem wir den demokratischen Gedanken pflegen und das Wissen und die Erfahrung unserer Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen“, sagt Patrick Barbier, Präsident des PETR Sélestat Alsace Centrale. ■

**Das neue Projekt R(h)einverbindlich: Der Rhein und seine Rheininsel stehen im Mittelpunkt der neuen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Thema Klimaschutz und Bürgerbeteiligung**

## Infos

### Landkreis Emmendingen:

☞ <https://www.landkreis-emmendingen.de/>

### Eurodistrict Region Freiburg – Centre et Sud Alsace:

☞ <https://www.eurodistrict-freiburg-alsace.eu/de/>

### Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen:

☞ <https://tagebucharchiv.de>

### Humanistenbibliothek in Sélestat:

☞ <https://www.bibliotheque-humaniste.fr>

### Deutsch-Französischer Bürgerfonds:

☞ <https://www.buergerfonds.eu>

### PETR Sélestat Alsace Centrale:

☞ <https://selestat-alsace-centrale.fr>

### Projekt „Tandem – Deutsch-Französische Partnerschaften für die Lokale Energiewende“:

☞ <https://tandem-staedte.eu/>

### Förderprogramm „Nouveaux horizons“ der Baden-Württemberg Stiftung:

☞ <https://www.bwstiftung.de/de/bereiche-programme/bildung/nouveaux-horizons>

### Europäisches Bürgerbeteiligungsprojekt „Common Ground“ der Robert Bosch Stiftung:

☞ <http://www.bosch-stiftung.de/commonground>

Kooperation der Gemeinde Nebelschütz und der Stadt Mouans-Sartoux:

# Neue Impulse für die Zusammenarbeit vor Ort

Die Gemeinde Nebelschütz in Ostdeutschland und die französische Kleinstadt Mouans-Sartoux setzen sich für nachhaltige und lokale erzeugte Ernährung ein. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk unterstützt sie dabei und hat im Mai 2022 eine Studien- und Lernreise nach Südfrankreich organisiert, an der auch Vertreterinnen und Vertreter anderer deutscher und französischer Kommunen teilgenommen haben. Die Kooperation zeigt, dass auch kleinere Kommunen in Zukunftsfragen voneinander Lernen und erfolgreich zusammenarbeiten können.

Ein Beitrag von  
Adam Naber



Foto: Stadt Mouans-Sartoux

Durch die gemeinschaftliche Nutzung von Flächen ermöglicht das Projekt „Der Bürger ernährt die Stadt“ in Mouans-Sartoux eine klimafreundliche Eigenproduktion von Lebensmitteln

Die [Gemeinde Nebelschütz](#) liegt im Landkreis Bautzen im östlichen Teil Sachsens. Die Mehrheit der 1.200 Einwohnerinnen und Einwohner spricht Sorbisch, die Beziehungen zu den Nachbarländern in Mittel und Osteuropa sind intensiv, wovon die Partnerschaften mit Gemeinden in Polen, Tschechien und Ungarn zeugen. Die Gemeinde war nach dem Fall der Mauer laut Aussage des damaligen Bürgermeisters Thomas Zschornak „ein graues Dorf ohne Gesicht und ohne eine Idee, wo es hinwill. Es war sehr verschlossen, die Außenwelt war weit weg“. Dank einer Gesamtstrategie der nachhaltigen Entwicklung des Dorfes

wurde eine Trendwende eingeleitet. Nebelschütz ist heute ein begehrter Wohnort und hat mit drei Prozent eine geringe Arbeitslosenquote. Die kürzlich erfolgte Eröffnung einer Kindertagesstätte ist ein Zeichen für die lebendige Entwicklung der Kommune. Nebelschütz trägt mit Überzeugung das Label „enkeltaugliches Dorf“.

Das [Deutsch-Französische Zukunftswerk](#), das 2019 durch den Aachener Vertrag ins Leben gerufen wurde und 2020 seine Arbeit aufgenommen hat, hat es sich zur Aufgabe gemacht, solche Kommunen aus Deutschland und Frankreich miteinander

## Zum Autor:

**Adam Naber** ist Dialoggestalter beim Deutsch-Französischen Zukunftswerk.



ins Gespräch zu bringen, die im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und der ökologischen Transformation innovative und erfolgreiche Lösungsansätze verfolgen. Ziel ist es, auf der Grundlage guter Praxis voneinander zu lernen und diejenigen Punkte zu identifizieren, die einer schnelleren Transformation im Wege stehen und bei denen politisches Handeln zur Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich ist.

In seinem ersten Arbeitszyklus von 2020 bis 2022 hat das Deutsch-Französische Zukunftswerk unter anderem die Gemeinde Nebelschütz als vorbildhaftes Beispiel für nachhaltige Transformation im ländlichen Raum ausgewählt. Frankreich ist für diese Gemeinde im Osten Deutschlands kein automatischer Bezugspunkt. Umso interessanter war es, Nebelschütz mit einer ebenfalls ländlichen und vergleichsweise kleinen Kommune im 1.300 Kilometer entfernten Süden Frankreichs in Kontakt zu bringen.

Hintergrund dieser durch das Zukunftswerk initiierten Zusammenarbeit waren die Bemühungen der Gemeinde Nebelschütz, die biologische Landwirtschaft und die regionale Versorgung mit Lebensmitteln zu stärken. Nebelschütz will mehr lokale Produkte in der Kita des Ortes anbieten. Um die Gemeinde auf ihrem Weg einer Ernährungswende zu unterstützen, hat das Zukunftswerk den Dialog und Austausch mit [Mouans-Sartoux](#) im Département Alpes-Maritimes initiiert.

Die südfranzösische Kleinstadt gilt schon seit Jahren als Vorzeigekommune für die Einrichtung von biologischen Schulkantinen. Mouans-Sartoux mit 9.500 Einwohnerinnen und Einwohnern hat viele Ziele der lokalen Ernährungssouveränität erreicht: In den sechs Schulkantinen werden allen Kita- und Grundschulkindern 100 Prozent Bio-Mahlzeiten serviert. Und das bei konstanten Verpflegungskosten, denn die Lebensmittelverschwendung wurde erfolgreich reduziert. 85 Prozent des verwendeten Gemüses und Obstes werden auf einer kommunalen Farm angebaut, die nur ein paar Kilometer entfernt von den Schulen liegt.

Diese [Erfolgsgeschichte](#) hat auch bei anderen Partnerkommunen des Zukunftswerks Interesse geweckt, die sich mit Fragen lokaler Ernährungsstrategien auseinandersetzen. Angesichts der Bedingungen der Corona-Pandemie wurden zunächst Online-Dialoge organisiert, um die Erfahrungen der beteiligten Kommunen zu analysieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich bald einig, dass nur eine Besichtigung vor Ort die gelebte Praxis vor Augen führen könnte.



Foto: Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Das Zukunftswerk hat daher eine Studienreise beziehungsweise [Lernreise](#) organisiert und Vertreterinnen und Vertretern aus vier deutschen und französischen Kommunen die Teilnahme an dieser Fachexkursion ermöglicht. Darunter waren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter, Gemeinderatsmitglieder und ein Gastronom, der ebenfalls Landwirtschaft betreibt. In zwei Tagen haben die Teilnehmenden mittels einer Stadtführung, zwei inhaltlichen Workshops und dem Besuch von drei landwirtschaftlichen Projekten erfahren, wie Mouans-Sartoux eine nachhaltige Strategie zur lokalen Ernährungssouveränität aufgebaut hat.

„Schon vor der Reise habe ich durch den Online-Dialog und die Kurzvorstellungen und Berichte vom Zukunftswerk alles schon von Mouans-Sartoux gehört. Das dachte ich. Aber so richtig habe ich es doch erst vor Ort verstanden“, sagt eine Teilnehmerin der Marburger Delegation. „Das Projekt der Ernährungssouveränität ist natürlich viel größer als es in den Online-Dialog passt.“

„Durch die Lernreise nach Mouans-Sartoux kann ich diese Idee viel konkreter formulieren und sie transportieren“, bestätigt auch ein Teilnehmer der Delegation aus Nebelschütz. „Bei uns ist neulich ein Multi-Stakeholder Projekt zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung gestartet worden. Ernährung ist hierbei ein wichtiger Punkt und da ich Teil der Gruppe bin, kann ich dort hervorragend meine Eindrücke aus Mouans-Sartoux platzieren.“

„Am meisten hat die Tatsache bewirkt, dass man das Projekt sehen konnte. Nachdem ich das mit eigenen Augen gesehen habe, kann ich mir das tatsächlich vorstellen“, betont auch ein Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Nebelschütz. „In Mouans-Sartoux sehe ich ähnliche Probleme, aber ich habe die Herangehensweise dort sehr geschätzt. Einfach

**Zum Abschluss der Lernreise nach Mouans-Sartoux tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihre Erfahrungen aus**





Foto: Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Zur Lernreise gehörte eine Führung durch die kommunale Farm von Mouans-Sartoux

machen. Zum Beispiel bei der Diskussion, ob es Widerstand gab seitens der Eltern wegen weniger Fleisch und mehr vegetarischem Essen. Das wurde einfach umgesetzt und nicht lang diskutiert. Es ist so einfach, Dinge kaputt zu diskutieren. Das Problem haben wir auch in unserer Gemeinde.“

### Nachhaltige Kita-Versorgung und regionale Vision

Zur Nebelschützer Delegation gehörte der Bürgermeister, ein Gemeinderatsmitglied und ein Gastronom aus der Region. Der Bürgermeister hatte den Unternehmer zur Lernreise eingeladen, da es bereits Überlegungen gab, wie mehr lokale Bio-Produkte in der Kita angeboten werden könnten. Der Gastronom baut selbst Gemüse an und beliefert bereits Schulen und Kitas. Obwohl es bereits seit längerem Gespräche gab, haben sie sich erst während der Lernreise persönlich kennengelernt und dort direkt Ideen entwickelt, wie die nachhaltige Versorgung der Kitas gemeinsam umgesetzt werden könnte. Zudem berichtete der Gastronom, dass er durch die Reise verstanden habe, welches Potenzial in der Region Görlitz steckt – wenn es den politischen Willen gibt, alle Schulen und Kitas mit lokalen Bio-Produkten zu versorgen.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Identifikation gemeinsamer Herausforderungen ein guter Anstoß zum fachlichen Austausch zwischen Kommunen sein kann, auch wenn diese in verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Kontexten arbeiten. Gerade für ländliche Gemeinden bedarf es manchmal eines Anstoßes, um ambitionierte Ziele verfolgen zu können. Das Thema der Versorgung mit lokal oder regional produzierten Lebensmitteln ist für alle Kommunen relevant und kann einen signifikanten Beitrag zum

Klimaschutz leisten. Die Corona-Pandemie hat den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie der russische Angriff auf die Ukraine vor Augen geführt, wie abhängig unsere Länder auch im Bereich der Lebensmittel geworden sind. Die Frage der sicheren Versorgung mit Nahrungsmitteln steht heute weit oben auf der politischen Agenda.

Die Konzentration auf fachliche Themen, deren Relevanz der kommunalen Verwaltung ebenso unmittelbar einleuchtet wie den Bürgerinnen und Bürgern, kann neue deutsch-französische Verbindungen schaffen oder bereits bestehende Partnerschaften inspirieren. Besonders für kleinere Gemeinden, die im Gegensatz zu vielen großen Städten zumeist nicht in internationalen Projekten vernetzt sind, hat der persönliche und fachliche Austausch mit französischen und deutschen Kommunen einen unmittelbaren Mehrwert. ■

## Infos

### Gemeinde Nebelschütz:

🔗 <https://www.nebelschuetz.de/deu/>

### Deutsch-Französisches Zukunftswerk:

🔗 <https://df-zukunftswerk.eu>

### Stadt Mouans-Sartoux:

🔗 <http://www.mouans-sartoux.net>

### Nachhaltige Ernährung in Mouans-Sartoux:

🔗 <https://df-zukunftswerk.eu/initiativen/mouans-sartoux>

### Lernreise nach Mouans-Sartoux:

🔗 <https://df-zukunftswerk.eu/aktuelles/wenn-online-zu-vor-ort-wird>

### Handlungsempfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerk zur Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme:

🔗 <https://df-zukunftswerk.eu/handlungsempfehlung-4>

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission aus kommunaler Sicht:

# Eine entschlossene und geeint vorgehende Union

Unter dem Titel „Eine entschlossene und geeint vorgehende Union“ stellt die Europäische Kommission in ihrem aktuellen Arbeitsprogramm ihre Vorhaben und Prioritäten für das Jahr 2023 vor. Neben den laufenden prioritär zu behandelnden Gesetzgebungsvorschlägen kündigt die Kommission insgesamt 43 neue Initiativen an, von denen einige auch die kommunale Ebene betreffen werden.

Ein Beitrag von  
Ulrich Fikar

Am 18. Oktober 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr neues **Arbeitsprogramm**, in dem die geplanten Initiativen und legislativen Vorschläge für das Jahr 2023 angekündigt werden. Die beschreibende Mitteilung wird begleitet von fünf **Anhängen** und trägt den Titel „Eine entschlossene und geeint vorgehende Union“. Die Kommission hat insgesamt 43 neue Initiativen angekündigt, ein Rechtsakt soll aufgehoben werden, eine Initiative wird die Kommission nicht weiterverfolgen. Acht der vorgelegten Vorschläge können dem Programm im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung der Kommission (REFIT) zugeordnet werden.

Das Arbeitsprogramm 2023 orientiert sich an den Prioritäten, die Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen bereits bei ihrem Amtsantritt in den **Politischen Leitlinien für die Jahre 2019 bis 2024** aufgestellt hat: „Ein Europäischer Grüner Deal“, „Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht“, „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“, „Schützen, was Europa ausmacht“, „Ein stärkeres Europa in der Welt“ und „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“.

Zum Hintergrund: Laut Europäischer Kommission sollen in diesem Jahr 116 der bestehenden Gesetzgebungsvorschläge vorrangig verfolgt werden sollen. Da 2024 die Berufung einer neuen Kommission ansteht, ist 2023 das letzte komplette Jahr der Kommission von Dr. Ursula von der Leyen. Für 2024 ist ein Arbeitsprogramm angekündigt, das aller-

dings vom Umfang her sehr viel geringer sein und keine Ankündigungen über das zweite Quartal 2024 hinaus liefern wird. Anders gesagt: Der aktuellen Kommission bleiben noch rund 18 Monate, um Gesetzgebungsvorschläge auf den Weg zu bringen.

## Arbeitsprogramm unter außergewöhnlichen Umständen

Die Europäische Kommission beschreibt in ihrem Arbeitsprogramm die außergewöhnlichen Umstände, in denen das Programm umgesetzt werden muss. Sie hebt hervor, dass die russische Invasion in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise die Arbeit an dem Programm prägten. Krieg und Energiekrise beeinträchtigen die wirtschaftliche Erholung der EU, die nach der Coronapandemie langsam wieder einsetzte.

Daher ruft die Kommission mit ihrem Motto „Eine entschlossene und geeint vorgehende Union“ alle Institutionen und Mitgliedstaaten dazu auf, gemeinsam zu handeln und auf neue Herausforderungen schnell zu reagieren. Insbesondere möchte die Kommission die bereits laufenden Gesetzgebungsverfahren beschleunigen, etwa den Umbau der Klima- und Industriepolitik. Zudem greift die Kommission die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas auf, die 2022 ihren Abschluss fand. Aus einer Empfehlung der Zukunftskonferenz kündigte die Kommission eine Mitteilung über geistige Gesundheit an.



Foto: European Union, 2015 / Lieven Creemers

Architekten: André Polak, Lucien De Vestel, Jean Gilson, Jean Polak

Die Europäische Kommission hat ihre Prioritäten für das Jahr 2023 vorgelegt

### Zum Autor:

Ulrich Fikar ist Referent im Europabüro des Deutschen Städtetages (DST).

## Kommunale Schwerpunkte im Arbeitsprogramm

Innerhalb der 43 neuen politischen Initiativen finden sich auch viele Vorhaben, die die Kommunen betreffen. Allerdings muss beachtet werden, dass das Arbeitsprogramm nur wenig Details zu den angekündigten Vorschlägen Preis gibt. So müssen die Vorschläge nach Veröffentlichung sorgsam überprüft werden. Anhang 1 des Arbeitsprogrammes enthält eine tabellarische Übersicht über die angekündigten Initiativen. Darunter sind einige besonders hervorzuheben.

So wird im Bereich Umwelt ein Vorschlag zum Bodengesundheitsgesetz angekündigt, der auf eine nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung der Böden in der EU abzielt. Der Vorschlag soll im zweiten Quartal 2023 veröffentlicht werden und unter anderem Bedingungen für gesunde Böden beinhalten sowie Regeln für die Wiederherstellung von gesunden Böden und Maßnahmen zur Dekontaminierung von verschmutzten Gebieten vorschreiben. Dabei soll auch die Rolle von Böden im Kampf gegen den Klimawandel berücksichtigt werden, zum Beispiel bei der Wasseraufnahme.

Bei der Abfallvermeidung will die Europäische Kommission einen Schwerpunkt auf Lebensmittel- und Textilabfälle legen. Die Abfallrahmenrichtlinie soll im zweiten Quartal 2023 mit entsprechenden Maßnahmen für ein verbessertes Textilrecycling und eine Verringerung der Lebensmittelverschwendung novelliert werden. Ein umfassender Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme soll ebenfalls geschaffen werden und ist für das dritte Quartal angekündigt.

Vor dem Hintergrund der Energiekrise soll zudem bis März 2023 der Vorschlag für eine umfassende Reform des Elektrizitätsmarktes in der EU vorgelegt werden. Dabei soll ein Strommarktdesign gefunden werden, mit dem die Strompreise vom Gaspreis entkoppelt werden können. Um Abhängigkeiten von russischen Erdgaslieferungen zu minimieren, wurde bereits die Gründung einer neuen Europäischen Wasserstoffbank angekündigt. Die Bank soll drei Milliarden Euro in die Ankurbelung des europäischen Wasserstoffmarktes investieren.

Im Bereich des Verbraucherschutzes ist für das zweite Quartal 2023 ein Vorschlag zum Screening sowie zur Registrierung und Überwachung von Asbest in Gebäuden geplant, der den bereits vorliegenden Vorschlag zur Novellierung der Asbestrichtlinie ergänzt.

Im Bereich Digitales will die Europäische Kommission einen gemeinsamen europä-

schen Mobilitätsdatenraum vorantreiben. Welche Daten aus dem Verkehrsbereich und von den Betreibern von Dienstleistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) von der Initiative betroffen sind, lässt sich noch nicht abschließend sagen.

Im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt kündigt die Europäische Kommission in ihrem Arbeitsprogramm einige Initiativen an, ohne dabei näher ins Detail zu gehen. Aufgeführt werden ein Qualitätsrahmen für Praktika sowie die Aktualisierung des EU-Rahmens für Lernmobilität, um einen Wechsel zwischen den Bildungssystemen zu erleichtern. Zudem soll es Vorschläge zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen sowie eine Initiative zur Schaffung einer Akademie für Cybersicherheitskompetenzen geben.

Bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist das 30-jährige Bestehen des EU-Binnenmarktes zu nennen. Die Europäische Kommission möchte hierzu eine Mitteilung veröffentlichen, um einerseits die Errungenschaften darzustellen und andererseits auf Umsetzungslücken hinzuweisen. Zudem will sie vor einer möglichen Einführung durch die Europäische Zentralbank Grundsätze für einen digitalen Euro festlegen. Weiterhin will sie ein einheitliches Regelwerk für die Unternehmensbesteuerung vorschlagen.

Ein wichtiger Meilenstein ist zudem die für dieses Jahr angekündigte Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021 bis 2027. Die Kommission wird neu bewerten, ob der aktuelle EU-Haushalt weiterhin für die Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen ausreicht. Zu diesem Zweck wird sie auch einen Vorschlag für neue Eigenmittel vorlegen.

Die Kommission will zudem die Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern des westlichen Balkans fortsetzen. Die Zusammenarbeit mit der Ukraine, der Republik Moldau und mit Georgien soll mit Blick auf deren künftigen Beitritt zur Union intensiviert werden.

Weitere für die Kommunen relevante Ankündigungen betreffen einen Vorschlag für die Vertiefung und Intensivierung der Verwaltungszusammenarbeit sowie die Initiative für einen Europäischen Behindertenausweis, der die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus in allen Mitgliedstaaten gewährleisten wird.

Die kommunale Ebene wird für die Umsetzung vieler dieser Initiativen in der Pflicht sein. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Gesetzgeber die kommunalen Interessen und Vorschläge aufnehmen und berücksichtigen. ■



Foto: StockSnap / Pixabay

Die Europäische Kommission bereitet ein Bodengesundheitsgesetz auf EU-Ebene vor

## Infos

### Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2023:

🔗 [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:413d324d-4fc3-11ed-92ed-01aa75ed71a1.0007.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:413d324d-4fc3-11ed-92ed-01aa75ed71a1.0007.02/DOC_1&format=PDF)

### Anhänge zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2023:

🔗 [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:413d324d-4fc3-11ed-92ed-01aa75ed71a1.0007.02/DOC\\_2&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:413d324d-4fc3-11ed-92ed-01aa75ed71a1.0007.02/DOC_2&format=PDF)

### Politische Leitlinien für die Europäische Kommission 2019 bis 2024:

🔗 [https://commission.europa.eu/system/files/2020-04/political-guidelines-next-commission\\_de.pdf](https://commission.europa.eu/system/files/2020-04/political-guidelines-next-commission_de.pdf)



Preise für die Europäische Innovationshauptstadt für das Jahr 2022:

# Hervorragender zweiter Platz für die Landeshauptstadt Mainz

Mainz ist eine der innovativsten Städte Europas. Bei der Verleihung der Preise für die Europäische Innovationshauptstadt errang die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt den zweiten Platz in der Kategorie „Aufstrebende innovative Stadt Europas“ hinter Haarlem in den Niederlanden und vor Aveiro in Portugal. Den Titel „Europäische Innovationshauptstadt“ sicherte sich die Metropolregion Aix-Marseille-Provence in Frankreich vor Espoo in Finnland und Valencia in Spanien.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch



Foto: Landeshauptstadt Mainz

Die Stadt Mainz hat sich bei den European Capital of Innovation Awards erfolgreich als aufstrebende innovative Stadt beworben und einen zweiten Platz errungen

Bei der Verleihung der **European Capital of Innovation Awards 2022 – iCapital** im Rahmen des „European Innovation Council Summit“ am 7. Dezember 2022 in Brüssel ist die **Stadt Mainz** mit dem zweiten Platz in der Kategorie „European Rising Innovative City“ ausgezeichnet worden. Damit würdigt die Europäische Kommission das Engagement der verschiedensten Initiativen in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt beim Vorantreiben innovativer Ideen und Lösungen.

„Das ist eine besondere Auszeichnung, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können. Denn sie ist die Würdigung eines engagierten Teamworks vieler verschiedener Akteure in Mainz“, freute sich Bürgermeister Günter

Beck über die Ehrung. Denn Innovationen entstünden dadurch, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger Mut, Kreativität und Einsatz für Verbesserungen im Alltag vorantreiben und mitgestalten wollten.

Die Landeshauptstadt Mainz hatte sich mit einem ganzen Bündel an innovativen Maßnahmen um den Preis beworben. „Seit einigen Jahren werden in verschiedenen Bereichen in Mainz Initiativen vorangetrieben, die regelmäßig beeindruckende Innovationen hervorbringen“, so Bürgermeister Beck. Dabei gehe es nicht nur um die weitere dynamische Entwicklung des Biotechnologiestandortes. Wichtige Themen seien auch die Digitalisierung und Dekarbonisierungsaktivitäten in der Landeshauptstadt. „Wir

## Zur Autorin:

**Barbara Baltsch** ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

schaffen vor Ort adaptive Ökosysteme, in denen Innovatoren aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichem Sektor zusammenkommen und mit Leidenschaft und Entschlossenheit ihre Ideen in die Tat umsetzen.“

Im Bereich der erneuerbaren Energien punktete die Stadt Mainz unter anderem mit dem „Energiepark Mainz“ zur Produktion von grünem Wasserstoff sowie einem Projekt, in dem der als Nebenprodukt einer optimierten Abwasserreinigung entstehende Wasserstoff eine Wasserstofftankstelle sowie das öffentliche Erdgasnetz versorgt. Im Bereich der Digitalisierung überzeugte die Stadt insbesondere durch den Gutenberg Digital Hub. Er bietet Raum für digitale Nutzung, Coworking-Möglichkeiten und eine Plattform für Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen sowie Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Stadt überzeugte auch als Standort für Wissenschaft und Forschung im Bereich Biotechnologie und Life Science. Prominentestes Beispiel ist das Mainzer Pharmaunternehmen BioNTech SE, das sich mit der Entwicklung von „Comirnaty®“ zu einem der wichtigsten Corona-Impfstoffhersteller der Welt entwickelt hat. Aber auch die TRON gGmbH mit ihrem innovativen Ansatz der Umsetzung von wissenschaftlicher Grundlagenforschung in die klinische Anwendung zeigt, wie aus Mainz heraus Innovation beschleunigt werden kann. Weitere Netzwerke, wie das Ci3- und curATime-Cluster sowie CIMT als Informations- und Bildungsplattform, FORTHEM und die Mainzer Wissenschaftsallianz erleichtern den Wissensaustausch zwischen den Akteuren in der Region und auf internationaler Ebene.

„Wir arbeiten in den relevanten Schwerpunktbereichen an der Zukunft! Mainz wird eine klimaneutrale Stadt sein, ein moderner, vollständig digitaler und attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten, ein Ort, an dem Innovation die Zukunft bestimmt. Die heutige Auszeichnung bestärkt uns darin, dass wir auf dem richtigen Weg sind und wir werden engagiert weiter vorangehen“, betonte Bürgermeister Beck. Mit dem Preisgeld in Höhe von 50.000 Euro will die Stadt daher nicht eine einzelne Initiative unterstützen, sondern Innovationen in der Breite weiter vorantreiben.

## Der Preis

Mit den „European Capital of Innovation Awards – iCapital“ würdigt die Europäische Kommission jährlich die Rolle der Städte bei der Entwicklung und Gestaltung von lokalen Innovationsökosystemen, die bahnbrechende Innovationen und das Wohlergehen der



Foto: Landeshauptstadt Mainz

Der Wissenschaftsmarkt der Mainzer Wissenschaftsallianz lässt alle zwei Jahre Wissenschaft mitten in der Stadt lebendig werden

Bürgerinnen und Bürger fördern. Unterstützt werden die Auszeichnungen vom Europäischen Innovationsrat (EIC) im Rahmen des EU-Forschungsprogramms „Horizont Europa“.

Preise werden in zwei Kategorien verliehen. Um den Titel „European Capital of Innovation“ können sich Städte mit mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bewerben. Die Siegerstadt erhält eine Million Euro für ihre Innovationsvorhaben. Für die zweit- und drittplatzierten Städte gibt es jeweils 100.000 Euro. Der Preis „European Rising Innovative City“ steht innovativen Städten mit mindestens 50.000 bis maximal 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern offen. Diese Kategorie ist mit einem Preisgeld von 500.000 Euro für die Siegerstadt sowie jeweils 50.000 Euro für zwei weitere Platzierte dotiert.

In diesem Jahr wurde der Preis zum achten Mal verliehen. Der erste Preis in der Kategorie „European Capital of Innovation“ und damit der Titel „Europäische Innovationshauptstadt“ ging an die Metropolregion Aix-Marseille-Provence in Frankreich. Auf Platz zwei und drei folgten die Städte Espoo in Finnland und Valencia in Spanien. Den ersten Preis in der Kategorie „The European Rising Innovative City“ erhielt die Stadt Haarlem in den Niederlanden vor der Stadt Mainz. Auf Platz drei landete Aveiro in Portugal. ■

## Infos

### European Capital of Innovation Awards:

🔗 [https://eic.ec.europa.eu/eic-funding-opportunities/eic-prizes/european-capital-innovation-awards\\_en](https://eic.ec.europa.eu/eic-funding-opportunities/eic-prizes/european-capital-innovation-awards_en)

### Landeshauptstadt Mainz:

🔗 <https://www.mainz.de>

Europäischer Preis für behindertenfreundliche Städte 2023:

# Access City Award für Skellefteå in Schweden

Skellefteå ist Gewinnerin des Europäischen Preises für behindertenfreundliche Städte. Die Stadt setzte sich im Finale um den „Access City Award“ gegen die spanische Stadt Córdoba und die slowenische Hauptstadt Ljubljana durch. Die Hansestadt Hamburg erhielt eine besondere Erwähnung für ihre Bemühungen um Barrierefreiheit, ebenso wie Grenoble in Frankreich und Mérida in Spanien.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch



Foto: European Union, 2022 / Lukasz Kobus

Die Vertreterinnen und Vertreter der siegreichen Städte erhielten die Auszeichnungen am 29. November 2022 bei einer Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen

Mit dem Preis für behindertenfreundliche Städte **„Access City Award“** zeichnet die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Forum für Menschen mit Behinderungen jährlich Städte aus, die erfolgreich daran arbeiten, für ihre Bürgerinnen und Bürger barrierefreier zu werden, den gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderungen zum städtischen Leben zu fördern und die für ihre Angebote und Initiativen werben und diese weiterentwickeln. Für den „Access City Award“ 2023 hatten sich insgesamt 43 europäische Städte beworben.

Bei der Verleihung des „Access City Award“-Preises am 29. November 2022 im Rahmen der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen 2022

gratulierten die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz der Europäischen Kommission, Věra Jourová, und die für Gleichstellung zuständige EU-Kommissarin Helena Dalli der Stadt Skellefteå zum Gewinn. Die schwedische Stadt erhielt den „Access City Award“ 2023 für ihr langfristiges Engagement und ihre innovativen Ansätze, um den Zugang für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Die Stadt Skellefteå berücksichtigt Barrierefreiheit in allen Plänen. So werden öffentliche Plätze wie Spielplätze und Straßen mit taktilen Hinweisschildern und einer Bodenheizung ausgestattet, um sicherzustellen, dass Schnee und Eis kein Hindernis darstellen. Der zentrale Park der Stadt und das nahegelegene Flussgebiet verfügen über

## Zur Autorin:

**Barbara Baltsch** ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.





Foto: Mr.Thinktank (CC BY 2.0) via Flickr

Skellefteå im Norden Schwedens setzt Barrierefreiheit in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens um

taktile Wege und Karten, Sitzgelegenheiten und einen Außenaufzug. Ein SMS-Dienst für blinde und sehbehinderte Menschen informiert über Straßenbauarbeiten und mögliche Hindernisse in der Stadt.

Auch die öffentlichen Busse sind dank niedriger Böden, Rampen, Textbildschirmen und Lautsprecherdurchsagen vollständig zugänglich. Zudem bietet Skellefteå spezielle Schulungen für junge Menschen mit geistigen Behinderungen an, in denen sie sich mit Technologien und Arbeitsweisen auseinandersetzen, die ihnen helfen, ein unabhängiges Leben als Erwachsene zu führen.

Der zweite und dritte Platz beim „Access City Award“ 2023 ging an die spanische Stadt Córdoba und die slowenische Hauptstadt Ljubljana. Drei weitere Städte erhielten eine besondere Erwähnung für ihre Bemühungen um eine bessere Zugänglichkeit: die Hansestadt Hamburg für den Zugang im öffentlichen Raum, wie beispielsweise abgesenkte Gehwege und Rampen für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, Grenoble in Frankreich für ihr Verkehrsnetz und Mérida in Spanien für ihre Informations- und Kommunikationstechnologien.

## Access City Award

Der „Access City Award“ gehört zu den in der **Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030** vorgesehenen Maßnahmen für ein barrierefreies Europa. Er wird jährlich von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Forum für Menschen mit Behinderungen vergeben und richtet sich an europäische Städte mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie müssen ein umfassendes Konzept für Barrierefreiheit

in vier Schlüsselbereichen vorlegen können: bauliche Umgebung und öffentliche Räume, Verkehr und damit zusammenhängende Infrastruktur, Information und Kommunikation einschließlich neuer Technologien sowie öffentliche Einrichtungen und Dienste.



Foto: European Union, 2023 / Lukasz Kobus

Der Access City Award zeichnet besonders barrierefreie Städte aus

Der „Access City Award“ wurde erstmals 2011 verliehen. Bisher ausgezeichnete Städte sind Ávila in Spanien, Salzburg in Österreich, Berlin in Deutschland, Göteborg in Schweden, Borås in Schweden, Mailand in Italien, Chester im Vereinigten Königreich, Lyon in Frankreich, Breda in den Niederlanden, Warschau in Polen, Jönköping in Schweden und Luxemburg. ■

## Infos

### Access City Award:

☞ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1141&langId=de>

### EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030:

☞ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0101&from=DE>

Die Europäischen Kulturhauptstädte Elefsína, Timișoara und Veszprém:

# Städte präsentierten kulturelle Vielfalt

Seit dem 1. Januar 2023 tragen drei Städte in Europa für ein Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“: Elefsína in Griechenland, Timișoara in Rumänien und Veszprém in Ungarn wollen mit einem umfangreichen kulturellen Programm ihr Potenzial im Kulturbereich bekannter machen und zahlreiche Gäste aus ganz Europa anlocken.


Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch




Foto: thanos capsalis / Pixabay

Die kleine Stadt Elefsína erlangte Bedeutung durch die Mysterien von Eleusis, einem der wichtigen Kulte der griechischen Mythologie

Die Europäische Union vergibt jährlich den Titel  „Kulturhauptstadt Europas“. Ziel des Kulturhauptstadtjahres ist es, den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa sichtbar zu machen und Brücken zwischen den Staaten Europas zu schlagen. Die ausgewählten Städte erhalten für ihre Kulturprojekte Fördermittel von der Europäischen Union. Die diesjährigen Kulturhauptstädte Europas Elefsína in Griechenland, Timișoara in Rumänien und Veszprém in Ungarn gehören zu den mehr als 60 Städten, die seit 1985 in der Europäischen Union und darüber hinaus ausgewählt wurden.

 **Elefsína** ist eine bedeutende antike Stadt. Die Hafenstadt mit rund 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt etwa 30 Kilometer nordwestlich von Athen. Im antiken Griechenland feierten die Menschen dort die Mysterien von Eleusis mit Zeremonien, an

denen vermutlich auch Sokrates und Platon teilnahmen. Als Europäische Kulturhauptstadt legt Elefsína den Fokus neben künstlerischen Darbietungen auf Bildungs- und Forschungsangebote, die sich um die Themen Gesellschaft, Arbeit und Umwelt drehen.

 **Veszprém** ist eine der ältesten Städte Ungarns und war eine der bedeutendsten ungarischen Städte im Mittelalter. Das mittelalterliche Stadtbild, der nahegelegene Plattensee und die grüne Lage in einem Weinanbaugebiet macht die rund 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Stadt zu einem beliebten Ausflugsziel und Fremdenverkehrsgebiet. Unter dem Motto „Shine“ hat Veszprém ein vielfältiges Kulturprogramm für 2023 entwickelt, mit dem die Heimatstadt von Leopold Auer einen musikalischen Fokus setzt. Nicht nur in der Stadt selbst, sondern rund um den Balaton soll Kreativität mit verschiedenen Aktionen gestärkt werden.

## Zur Autorin:

**Barbara Baltsch** ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.





Foto: nautillus64 / Pixabay

Veszprém war schon im Mittelalter eine der bedeutendsten Städte Ungarns

☑ **Timișoara** im Westen Rumäniens hat rund 320.000 Einwohnerinnen und Einwohner und ist vor allem bei Studierenden beliebt. Die zentralen Plätze sind von bunter Barockarchitektur umschlossen, so dass die Stadt den Beinamen „Das kleine Wien“ trägt. Viele ethnische Gemeinschaften leben in der multikulturellen Stadt zusammen und 1989 nahm die rumänische Revolution gegen den Diktator dort ihren Anfang. Das traditionsreiche Theater zeigt Stücke auch auf Deutsch und Ungarisch. Als Kulturhauptstadt will Timișoara den multikulturellen Charakter in den Vordergrund rücken und viele Möglichkeiten schaffen, um mit Kunst in den Austausch zwischen den Kulturen zu treten.

## Die Initiative Kulturhauptstadt Europas

Die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ geht auf die frühere griechische Kulturministerin Melina Mercouri zurück. Auf ihren Vorschlag hin verabschiedete der Rat am 13. Juni 1985 eine Entschließung für die jährliche Benennung einer „Kulturstadt Europas“. Übergeordnetes Ziel war und ist es, den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa exemplarisch herauszustellen.

Während in den Anfangsjahren vor allem europäische Hauptstädte wie Athen, Amsterdam, Madrid, Paris und Stockholm den Titel trugen, sind in den beiden letzten Jahrzehnten auch Städte für den Titel ausgewählt worden, deren überregional weniger bekanntes Kulturangebot aufgrund eines überzeugenden Konzeptes ausgebaut und präsentiert werden soll. Im Jahr 1999 wurde der Titel von „Kulturstadt Europas“ zudem in „Kulturhauptstadt Europas“ geändert. Zudem wird der Titel seit dem Jahr 2000 jährlich nicht mehr nur an eine Stadt, sondern an mehrere Städte verliehen. Unterstützt wird die Initiative durch das EU-Programm „Kreatives

Europa“. Dabei sind für jede Kulturhauptstadt 1,5 Millionen Euro vorgesehen, die im Rahmen des „Melina-Mercouri-Preises“ an die ausgewählten Städte verliehen werden können.

Im nächsten Jahr werden Bad Ischl in Österreich, Tartu in Estland und Bodø in Norwegen den begehrten Titel tragen. Deutschland wird

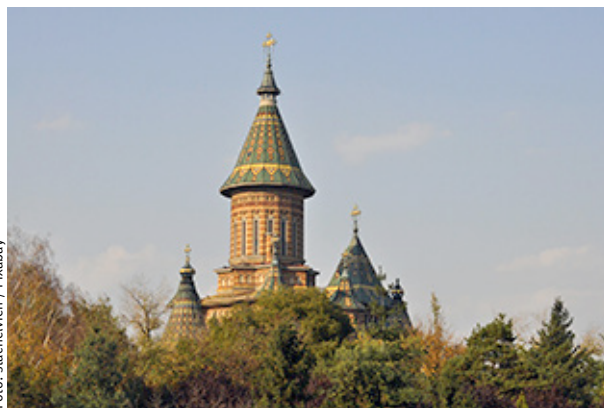


Foto: stachelvieh / Pixabay

Die Kathedrale der Heiligen drei Hierarchen in Timișoara ist eines der Wahrzeichen der Stadt

nach West-Berlin 1988, Weimar 1999 sowie Essen und das Ruhrgebiet 2010 im Jahr 2025 mit Chemnitz zum vierten Mal eine Kulturhauptstadt Europas stellen. Die ostdeutsche Stadt teilt sich den Titel dann mit Nova Gorica in Slowenien. ■

## Infos

### Initiative „Europäische Kulturhauptstadt“:

☑ <https://culture.ec.europa.eu/policies/culture-in-cities-and-regions/european-capitals-of-culture>

### Europäische Kulturhauptstadt Elefsina:

☑ <https://2023eleusis.eu/en/>

### Europäische Kulturhauptstadt Veszprém:

☑ <https://veszprembalaton2023.hu/en>

### Europäische Kulturhauptstadt Timișoara:

☑ <https://timisoara2023.eu/en/about/>



Preis für kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien:

# Innovative Projekte zwischen Kommunen gesucht

**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella haben erneut ihren Preis für die kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien ausgeschrieben. Mit dem Preis werden besonders innovative Partnerschaften und Projekte zwischen deutschen und italienischen Kommunen gewürdigt.**

Der Preis der Präsidenten für die kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien wurde im September 2020 während eines Besuchs von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Mailand ins Leben gerufen und 2021 zum ersten Mal vergeben. Ziel des Preises ist es, zukunftsorientierte Projekte und Initiativen zwischen Kommunen der beiden Länder zu unterstützen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und sein Amtskollege, Staatspräsident Sergio Mattarella, rufen nun erneut deutsche und italienische Kommunen dazu auf, sich für den Preis zu bewerben. In einer Zeit, in der europäischer Zusammenhalt und Dialog von größter Bedeutung sind, sollen so die vielfältigen Kontakte zwischen Menschen und Institutionen der beiden Länder auf kommunaler Ebene vertieft werden.

„Ich bin sehr dankbar für unsere deutsch-italienischen kommunalen Partnerschaften“, betont Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Hinter jeder Partnerschaft stünden Menschen, die Europa tagtäglich mit Leben erfüllen. Dieses Engagement sei kostbar – gerade in diesen herausfordernden Zeiten. „Daher ist es Staatspräsident Mattarella und mir so wichtig, die gelebte Freundschaft zwischen Kommunen in Deutschland und Italien weiter zu stärken und dabei zu helfen, sie auch auf Zukunftsthemen auszurichten.“ Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella bezeichnet die Partnerschaften zwischen deutschen und italienischen Kommunen als ein unverzichtbares Instrument zur Konsolidierung der Freundschaft zwischen Deutschland und Italien, zur Vertiefung des gegenseitigen

Kennenlernens und zum gemeinsamen Umgang mit den heutigen und künftigen Herausforderungen.

Um den Preis für die kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien können sich deutsche und italienische Kommunen bewerben, die durch eine kommunale Partnerschaft oder durch eine bereits etablierte und möglichst mehrjährige Zusammenarbeit miteinander verbunden sind. Das einzureichende Projekt sollte eines oder mehrere der folgenden Ziele fördern: „Schaffung gemeinsamer Perspektiven durch gegenseitigen Austausch, insbesondere von Jugendlichen“, „Zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere von Jugendlichen“, „Nachhaltigkeit“ sowie „Europäische Integration“. Dabei kann das Projekt auch von mehreren Kommunen gemeinsam umgesetzt werden.

Der Preis ist mit 200.000 Euro dotiert, wobei das Preisgeld zu gleichen Teilen von den beiden Regierungen finanziert wird. Insgesamt werden vier Preise vergeben, davon jeweils zwei an Kommunen mit bis zu 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und zwei an Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die prämierten Projekte werden mit jeweils 10.000 bis maximal 50.000 Euro unterstützt.

Die Ausschreibungsbedingungen und ein Bewerbungsbogen können auf der [Internetseite des Auswärtigen Amtes](#) abgerufen werden. Die Bewerbungsfrist endet am 14. April 2023. Die Preisträgerkommunen werden durch eine paritätisch besetzte Jury ausgewählt und im Herbst 2023 in einer öffentlichen Preisverleihung prämiert. ■

## Infos

**Bewerbungsaufwurf zum Preis für die kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien:**

☞ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausienpolitik/laender/italien-node/preis-kommunale-partnerschaft/2572142>

Europäischer Hauptausschuss des RGRE-Dachverbandes:

# Dr. Christoph Schnaudigel erneut Ko-Präsident

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist weiterhin prominent in der politischen Führung des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) vertreten. Dr. Christoph Schnaudigel, Erster Vizepräsident der Deutschen Sektion des RGRE und Landrat des Landkreises Karlsruhe, wurde bei der Sitzung des Europäischen Hauptausschusses im Dezember 2022 in Paris erneut zum Ko-Präsidenten des Verbandes gewählt.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch



Foto: CEMR

Die Mitglieder des Europäischen Hauptausschusses kamen im Dezember 2022 zur konstituierenden Sitzung der neuen Mandatsperiode in Paris zusammen

Die erste Sitzung des Europäischen Hauptausschusses des Kommunalverbandes [„Council of European Municipalities and Regions“ \(CEMR\)](#) in der neuen Mandatsperiode 2023 bis 2025 fand am 5. und 6. Dezember 2022 statt. Die neuen Ausschussmitglieder kamen in der französischen Hauptstadt Paris zusammen, um insbesondere eine neue politische Führung zu wählen. Bei den Wahlen wurde die bisherige Ko-Präsidentin Gunn Marit Helgesen zur neuen

Präsidentin gewählt. Helgesen ist Ratsmitglied der norwegischen Provinz Vestfold und Telemark, Präsidentin des Kommunalverbandes „Norwegian Association of Local and Regional Governments“ und Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates. Als CEMR-Präsidentin folgt sie auf Stefano Bonaccini, Präsident der italienischen Sektion des RGRE und der Region Emilia Romagna, der den Verband in den letzten sechs Jahren angeführt hatte.

## Zur Autorin:

**Barbara Baltsch** ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Zu Ko-Präsidenten gewählt wurden Philippe Laurent, Präsident der Französischen Sektion des RGRE und Bürgermeister von Sceaux, sowie Dr. Christoph Schnaudigel, Vizepräsident der Deutschen Sektion des RGRE und Landrat des Landkreises Karlsruhe. Dr. Schnaudigel, der auch Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen ist, war bereits in den letzten drei Jahren als Ko-Präsident in den Führungsgremien des Verbandes vertreten. „Ich freue mich, dass ich neben Philippe Laurent zum Co-Präsident des Council of European Municipalities and Regions wiedergewählt wurde“, betonte Dr. Schnaudigel nach seiner Wahl. „Die kommunale Stimme kann auch über Grenzen hinweg viel bewegen. Gemeinsam mit der neuen CEMR-Präsidentin Gunn Marit Helgesen arbeiten wir weiter daran, dass die Kommunen in Europa Gehör finden. Zusammen repräsentieren wir rund 115.000 Kommunalverwaltungen.“

„Unser Netzwerk lokaler und regionaler Gebietskörperschaften ist ein starker Motor für die Wahrung der europäischen Werte der Freiheit und Demokratie, die auf der lokalen Selbstverwaltung, der Achtung des Subsidiaritätsprinzips und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beruhen“, sagte die neue CEMR-Präsidentin Gunn Marit Helgesen. „Unter meiner Führung werden wir alles tun, um den derzeitigen Trend des Rückschritts gegenüber früheren Fortschritten für Frauen in der Gesellschaft umzukehren. Wir werden auch weiterhin Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen, die nicht nur die Mitgliedsländer der Europäischen Union, sondern auch die Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA), die Kandidatenländer und die assoziierten Mitgliedsländer betrifft.“

Neben dem Führungsgremium mit Gunn Marit Helgesen, Philippe Laurent und Dr. Christoph Schnaudigel wurden fünf Exekutivpräsidentinnen und Exekutivpräsidenten bestimmt. Neben Alt-Präsident Stefano Bonaccini sind dies die Bürgermeisterin von Gdańsk, Aleksandra Dulkiwicz, die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, der Oberbürgermeister von Karlstadt, Anders Knape, und der Bürgermeister von Den Haag, Jan van Zanen. Zudem wurden zwölf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten gewählt. Den wichtigen Finanzausschuss, der für die Überwachung der finanziellen Angelegenheiten des CEMR zuständig ist, wird angeführt von Ratsmitglied Vince Maple aus Medway sowie Stadträtin Christine Oppitz-Plörer aus Innsbruck. Die Deutsche Sektion des RGRE ist im Finanzausschuss mit dem Generalsekretär vertreten.



Foto: CEMR

Neu bestimmt wurden auch die Sprecherinnen und Sprecher der 21 Fachausschüsse des CEMR. Hier konnte die Deutsche Sektion des RGRE gleich drei Sprecherinnen und Sprecher durchsetzen. Claudia Schöning-Kalender, Stadträtin in Mannheim, ist neue Sprecherin und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses und Jörk Cardeneo, Stadtrat in Düsseldorf, neuer Sprecher des Ausschusses für öffentliche Dienstleistungen und Digitalisierung. Zudem wurde der Bürgermeister von Köln, Andreas Wolter, als Sprecher für Mobilität und Verkehrswesen wiedergewählt.

Die Deutsche Sektion des RGRE ist damit weiterhin stark in ihrem europäischen Dachverband vertreten und wird die Arbeit des CEMR in den kommenden drei Jahren im Sinne der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden aktiv mitgestalten. ■

**Die neue Präsidentin Gunn Marit Helgesen wird von den beiden Ko-Präsidenten Philippe Laurent (links) und Dr. Christoph Schnaudigel unterstützt**

## Infos

**Council of European Municipalities and Regions:**

📄 <https://www.ccre.org/>

## Zur Sache

### Europäischer Hauptausschuss

Der Europäische Hauptausschuss (Policy Committee) ist eines der Entscheidungsgremien des Kommunalverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR). Es legt die politischen Linien und das Arbeitsprogramm fest, beschließt den Haushalt und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder. Der Hauptausschuss besteht aus rund 170 Mitgliedern, die für drei Jahre gewählt werden. Die Mitglieder werden von den nationalen Sektionen benannt. Die Anzahl der Sitze richtet sich nach der Einwohnerzahl des Landes. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und die drei deutschen kommunalen Spitzenverbände sind mit acht Delegierten und acht Stellvertreterinnen und Stellvertretern im Europäischen Hauptausschuss vertreten.



Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger:

# Jugend und Europa im Mittelpunkt der Sitzung

Der Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) kam am 24. und 25. November 2022 zu seiner achten Sitzung in München zusammen. Schwerpunktthemen der Sitzung waren die Zukunft Europas, das Europäische Jahr der Jugend und damit verbunden das Thema Jugendpartizipation.

Ein Beitrag von  
Marius Henrik Korte

Auf Einladung der bayerischen Landeshauptstadt tagten die Mitglieder des **Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger** im Münchner Haus der Schüler\*innen. Begrüßt wurden sie von Clemens Baumgärtner, Referent für Wirtschaft und Arbeit der Landeshauptstadt München. In seiner Begrüßungsrede betonte Baumgärtner die Wichtigkeit, junge Menschen für das Thema Europa zu begeistern. Sebastian Weisenburger und Felix Sproll begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Münchner Stadtrats. Während Weisenburger die Bedeutung des **Münchner Haus der Schüler\*innen** hervorhob, unterstrich Sproll den Netzwerkscharakter des Arbeitskreises gerade für junge Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Die Ausschussvorsitzende Katharina Horn, Mitglied der Greifswalder Bürgerschaft, betonte in ihrer Einleitung den Austausch zwischen großen und kleinen Städten sowie urbanen und ländlichen Räumen und rief die Mitglieder des Arbeitskreises auf, insbesondere auf ostdeutsche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zuzugehen und sie zur Mitarbeit im Arbeitskreis zu ermutigen.

Die Leiterin des Fachbereichs Europa und Internationales, Sandra Spöttl, gab den Mitgliedern des Arbeitskreises einen Einblick in die **Europaarbeit der Landeshauptstadt München**. Der Fachbereich Europa und Internationales sei als einer von fünf Fachbereichen im Referat für Arbeit und Wirtschaft angesiedelt und koordiniere als Querschnitts-



Foto: Landeshauptstadt München

bereich alle internationalen, europäischen und entwicklungspolitischen Aktivitäten der Stadt. Ziel der Münchner Europaarbeit sei es insbesondere, Europa sichtbar zu machen. Dabei liege ein Fokus auf Veranstaltungen für neue Zielgruppen.

Im Anschluss berichtete Münchens Stadtrat Weisenburger von der Präsidiums- und Hauptausschusssitzung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Anfang November 2022 in Leiwien. Kölns Stadtrat Christian Achtelik informierte über die Arbeit auf europäischer Ebene im „Young Elected Representatives Committee“ des RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR).

Auch eine Personalentscheidung galt es zu treffen. Björn Leuzinger, Stadtrat aus Heidelberg, wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises ohne Gegenstimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Bei der Sitzung des Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger standen vor allem europäische Jugendthemen auf dem Programm

## Zum Autor:

**Marius Henrik Korte** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Städtetag (DST) und Koordinator des Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger.



Foto: Landeshauptstadt München

Damit ist das Spitzentrio aus Katharina Horn als Arbeitskreisvorsitzende sowie der Kreisrätin Katharina Diem aus dem Landkreis München als Stellvertreterin und Björn Leuzinger als Stellvertreter komplett.

Anna Maria Nagel und Renke Deckarm von der Europäischen Kommission stellten die Arbeit der Regionalvertretung München vor. Die Vertretung fungiere als Auge, Ohr und Mund der Kommission in Bayern und Baden-Württemberg. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden dafür im steten Austausch mit Stakeholdern, also etwa den bayerischen und baden-württembergischen Kommunen sowie den Ländern. Die zusätzlich existierenden Europe Direct-Informationszentren dagegen richteten sich stärker an Bürgerinnen und Bürger.

Mit Blick auf die Konferenz zur Zukunft Europas berichteten Nagel und Deckarm von einer regen Beteiligung über die Online-Plattform, die jedoch leider deutlich unter der erhofften Mitwirkung zurückgeblieben sei. Die Vorschläge der Konferenz würden nun in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Darunter seien auch diverse Vorschläge zum Thema Jugend und Jugendpartizipation. Zudem zogen die Kommissionsvertreter eine Bilanz zum Europäischen Jahr der Jugend 2022, das Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen 2021 in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt hatte. Mit dem Europäischen Jahr habe die Kommission die Jugend, die besonders unter der Corona-Pandemie gelitten habe, in den Mittelpunkt stellen wollen. Im Rahmen des Jahres habe die Regionalvertretung beispielsweise Politiksimultationen, einen Erasmus-Tag sowie einen Bürgerdialog mit Jugendlichen veranstaltet und dabei auch mit Influencerinnen und Influencern zusammengearbeitet.

An drei Thementischen hatten die Mitglieder des Arbeitskreises die Möglichkeit,

sich mit den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas auseinanderzusetzen. Besonders wichtig war den Arbeitskreismitgliedern, hier zwischen Maßnahmen zu unterscheiden, bei denen die lokale Ebene echten Einfluss beziehungsweise wenig Einfluss habe. Schwerpunktmäßig beschäftigten sich die Arbeitskreismitglieder mit den Themen „Wirtschaft und Jugendarbeit“, „Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Gesundheit“ sowie „Demokratie, Jugendpartizipation, Recht und Werte“. Außerdem konnten die Mitglieder des Arbeitskreises an verschiedenen Ständen unterschiedliche Münchner Projekte kennenlernen, die sich an junge Menschen richten.

Zum Abschluss der Sitzung vereinbarten die Mitglieder, die im Rahmen des Arbeitskreises diskutierten Themen und Ideen mit anderen jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zu besprechen und in den Kommunalverwaltungen ihrer jeweiligen Heimatkommune zu spiegeln. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger findet im Frühjahr 2023 statt. ■

**Die Arbeitskreismitglieder trafen sich auf Einladung der bayerischen Landeshauptstadt in München**



Foto: Marius Henrik Korte

**Ausschussvorsitzende Katharina Horn freute sich über die Wahl von Björn Leuzinger zum stellvertretenden Vorsitzenden**

## Infos

### Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger:

📄 <https://www.rgre.de/rgre/arbeitskreis-des-rgre/arbeitskreis-der-jungen-mandatstraegerinnen-und-traeger>

### Münchner Haus der Schüler\*innen:

📄 <https://hausderschueler.de/>

### Bericht über die Europaarbeit der Landeshauptstadt München 2021-2022:

📄 <https://www.wirtschaft-muenchen.de/produkt/europa-und-internationales-2021-22/>

# Europäische Wettbewerbe

## Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt

Die Europäische Kommission hat den Wettbewerb „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ ausgerufen. Der sogenannte European Capitals of Inclusion and Diversity Award würdigt die Arbeit von Städten, Gemeinden und Regionen für Integration und für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Der Preis wird in zwei Kategorien verliehen: kommunale Gebietskörperschaften mit weniger als 50.000 Einwohnenden und mit mehr als 50.000 Einwohnenden. Zudem wird ein Sonderpreis für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender sowie queeren oder intergeschlechtlichen Personen (LGBTIQ) verliehen. Die Preisverleihung findet am 27. April 2023 statt.

**Einsendeschluss: 15. Februar 2023**

**Infos:** <https://www.eudiversity2023.eu/the-award/>

## Englischwettbewerb „The Big Challenge“

Beim Englischwettbewerb „The Big Challenge“ können Schülerinnen und Schüler der fünften bis neunten Jahrgangsstufen, die Englisch als erste oder zweite Fremdsprache lernen, Fragen zu Wortschatz, Grammatik, Aussprache und Landeskunde beantworten. Der Wettbewerb, der in Form eines Multiple Choice-Tests wahlweise auf Papier oder online durchgeführt werden kann, ist einfach zu organisieren. Die besten Übersetzerinnen und Übersetzer werden mit Sprachreisen oder Sachpreisen ausgezeichnet.

**Anmeldeschluss: 4. März 2023 (früher erbeten)**

**Infos:** <http://www.thebigchallenge.com/de/>

## Fotowettbewerb für Schulklassen aus dem Ruhrgebiet

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und die Stadt Essen haben unter dem Titel „Stories of Europe“ einen Fotowettbewerb gestartet. Schulklassen ab der zehnten Jahrgangsstufe aus dem Ruhrgebiet sollen anhand von Fotos thematisieren, wie sich die Digitalisierung auf den Alltag in der Europäischen Union auswirkt und insbesondere auf das Lernen und Arbeiten junger Menschen in einem

digitalen Europa. Die Siegerklasse gewinnt einen Fotografie-Kreativworkshop. Darüber hinaus werden zwei weitere Schulklassen ausgezeichnet und die besten Fotografien während der Europawochen im Essener Rathaus ausgestellt.

**Einsendeschluss: 24. März 2023**

**Infos:** <https://dgap.org/de/fotowettbewerb>

## Europäische Unternehmerregion 2024

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) sucht die Europäische Unternehmerregion für das Jahr 2024. Der Wettbewerb steht unter dem Leitmotiv „Städte und Regionen auf dem Weg zu nachhaltigem, widerstandsfähigem und digitalem Wachstum“. Ausgezeichnet werden Regionen und Kommunen, die beispielgebende regionale Strategien entwickeln, um kleine und mittlere Unternehmen, Start-ups und Scale-ups beim grünen und digitalen Wandel zu unterstützen und die örtliche Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz zu stärken. Bis zu drei Regionen und Kommunen werden ausgezeichnet und erhalten Zugang zu einem Netz potenzieller Partner.

**Einsendeschluss: 29. März 2023**

**Infos:** <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/european-entrepreneurial-region.aspx>

## Schüler- und Jugendwettbewerb in Rheinland-Pfalz

Der Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz laden zur Teilnahme am 37. Schüler- und Jugendwettbewerb „Mitgedacht – mitgemacht“ ein. Unter den Wettbewerbsthemen sind diesmal zwei mit europäischem Bezug: Während die jungen Leute beim Thema „Krieg in Europa – Frieden in Sicht?“ ihre Ansichten schildern sollen, sind beim Thema „Nachbarn in Europa – 20 Jahre Vierernetzwerk“ Ideen für die zukünftige Gestaltung des Vierernetzwerkes der Regionen Burgund-Franche-Comté, Opperln, Mittelböhmen und Rheinland-Pfalz gefragt. Teilnehmen können alle Jugendlichen zwischen 13 und 20 Jahre, die in Rheinland-Pfalz leben, arbeiten oder in Ausbildung sind. Es können Gruppen-, Klassen- und Einzelarbeiten eingereicht werden. Bei der Form der Darstellung kann zwischen Textarbeit sowie bildnerischen oder medialen Arbeiten oder einer Kombination gewählt werden. Zu gewinnen gibt es Geldpreise in Höhe von maximal 1.500 Euro, Gruppenevents zum Thema „Nachbarn in Europa – 20 Jahre Vierernetzwerk“ sowie Sach- und Buchpreise.

**Einsendeschluss: 31. März 2023**

**Infos:** <https://www.lpb.rlp.de/veranstaltungen/schueler-und-jugendwettbewerb>

Über aktuelle Wettbewerbe informieren wir Sie auch unter:

<https://www.rgre.de/aktuell/>



## Ratspräsidentschaft von Schweden in der Europäischen Union:

# Vorsitz in herausfordernden Zeiten

Schweden hat seit dem 1. Januar 2022 für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union inne. Das Königreich, das 1995 der EU beigetreten ist, sitzt dem Rat zum dritten Mal vor. Die schwedische Präsidentschaft markiert nach Frankreich und Tschechien das letzte Kapitel der gemeinsamen 18-monatigen Triopräsidentschaft.

Das Land hat den EU-Vorsitz in herausfordernden Zeiten übernommen. Der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und die hohe Inflation sowie die Migration sind nur einige der Probleme, mit denen die EU aktuell kämpft. Unter dem Motto „Grüneres, sicheres und freieres Europa“ will Schweden den Schwerpunkt daher auf die Themen „Sicherheit“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Grüner Wandel und Energiewende“ sowie „Demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit“ legen.

Im Bereich „Sicherheit“ will Schweden die wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Ukraine fortsetzen und den Weg des Landes in die EU weiter unterstützen. Die EU-Wettbewerbsfähigkeit soll durch die Förderung des Wirtschaftswachstums gestärkt werden. Im Bereich „Grüner Wandel



Foto: European Union

und Energiewende“ will der EU-Vorsitz die Risiken der schwankenden Energiepreise und eine Reform des Energiemarkts angehen. Beim Schwerpunkt „Demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit“ soll die Konzentration auf die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit liegen.

Das Logo der schwedischen Ratspräsidentschaft stellt gleichzeitig die Internetadresse des Vorsitzes dar. Die Verbindung der Buchstaben „n“ und „u“ im Logo soll dabei die gegenseitige Solidarität der Mitgliedstaaten symbolisieren. Es werden die Farben verwendet, die die EU und Schweden gemeinsam haben: gelb und blau. ■

Das Logo der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft steht für Solidarität und Gemeinschaft

### Infos

Internetseite der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft:  
 ☞ <https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/>

## Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ in Nordrhein-Westfalen:

# RGRE-Mitglieder erhalten Titel

Drei der fünf Kommunen, die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung als „Europaaktive Kommune“ ausgezeichnet werden, sind Mitglied in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Der RGRE gratuliert den Städten Bielefeld und Brühl sowie dem Kreis Recklinghausen zum Titel. Als weitere Kommunen erhalten die Gemeinde Hövelhof und der Kreis Euskirchen die begehrte Auszeichnung.

Auch drei der sechs Kommunen, die die Auszeichnung 2017 zunächst befristet erhalten haben und sich nun über eine unbefristet gültige Urkunde freuen dürfen, sind RGRE-Mitglieder. Es handelt sich um die Städte Gladbeck, Hamm und Wuppertal.

Darüber hinaus werden die Städte Lichtenau, Velbert und Vreden in den festen Kreis der europaaktiven Kommunen aufgenommen.

Neben den Kommunen zeichnet die Landesregierung NRW in diesem Jahr erneut auch zivilgesellschaftliche Organisationen für ihr Europaengagement aus. Der Titel „Europaaktive Zivilgesellschaft“ geht an die Europäische Gemeinschaft Historischer Schützen in Dormagen und den Verein Weltreise durch Wohnzimmer e.V. in Rheda-Wiedenbrück.

Insgesamt tragen damit nun 66 kommunale Akteure in NRW den 2013 initiierten Titel „Europaaktive Kommune“ und 16 zivilgesellschaftliche Akteure die 2018 geschaffene Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“. ■



### Infos

Europaaktive Kommune und Europaaktive Zivilgesellschaft in NRW:  
 ☞ <https://www.mbei.nrw.de/europaaktivekommune-zivilgesellschaft>

Aachener Karlspreis für Präsident Selenskyj und das ukrainische Volk:

## Akt der Solidarität mit der Ukraine

Präsident Wolodymyr Selenskyj und das ukrainische Volk werden im Jahr 2023 mit dem Aachener Karlspreis ausgezeichnet. Das gaben der Vorsitzende des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen, Dr. Jürgen Linden, und die Aachener Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen Mitte Dezember 2022 in Aachen bekannt.

Wie Dr. Linden betonte, ist die Entscheidung einstimmig getroffen worden. „Wir betrachten diese Karlspreisverleihung 2023 als einen Akt der Solidarität mit der Ukraine. Zugleich sehen wir sie als Zeichen der Ermutigung für das ukrainische Volk und seinen Präsidenten, für die Demokratie und die Menschenrechte, vor allem aber für Leib und Leben der Menschen und die europäische Werte, die in diesem Krieg verteidigt werden.“

Aachens Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen erinnerte an den erst wenige Tage alten Beschluss des Stadtrates, eine Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Chernihiv aufzubauen: „Wir wissen, dass wir mit der Preisverleihung nicht den Krieg beenden oder die direkten Folgen des Krie-



Foto: European Union, 2022 / Christophe Licoppe

Mit Präsident Wolodymyr Selenskyj wird ein entschlossener Kämpfer für die Werte des freien Europas mit dem Karlspreis ausgezeichnet

ges mildern können. Doch das Gespräch mit Chernihiv hat deutlich gemacht, dass Solidarität, mentale Unterstützung und Ermutigung eine wichtige Botschaft für die Menschen in der Ukraine sind – zusätzlich zu den nötigen und versprochenen Hilfsmaßnahmen des deutschen Staates und der EU.“

Mit dem Karlspreis werden seit 1950 jährlich Personen geehrt, die sich besonders durch ihr europapolitisches Engagement hervorgehoben haben. Verliehen wird der Preis traditionell an Christi-Himmelfahrt. Ob dies in diesem Jahr möglich sein wird, hängt vor allem von der dann vorliegenden Kriegslage ab. ■

### Infos

**Internationaler Karlspreis zu Aachen:**

🔗 <https://www.karlspreis.de/de/>

Jugendinitiative „DiscoverEU“ für kostenlose Travel-Pässe:

## Reise für mehr als 8.500 Deutsche

Insgesamt 163.000 junge Leute aus Europa hatten sich im Oktober 2022 im Rahmen der Jugendinitiative „DiscoverEU“ um einen kostenlosen EU-Travel-Pass beworben. Aus ihnen wurden 47.700 junge Menschen im Alter von 18 Jahren ausgewählt, davon 8.537 aus Deutschland.

Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber dürfen nun zwischen März 2023 und Februar 2024 für maximal 30 Tage Europa kostenlos erkunden – und das primär per Bahn. Zusätzlich erhalten sie die DiscoverEU-Rabattkarte, die 40.000 Preisnachlässe auf öffentliche Verkehrsmittel, Kultur, Unterkunft, Verpflegung, Sport und andere Dienstleistungsangebote bietet.



Foto: European Union, 2018 / Lukasz Kobus

DiscoverEU ermöglicht Jugendlichen eine 30-tägige Reise durch Europa

### Infos

**Jugendinitiative „DiscoverEU“:**

🔗 [https://youth.europa.eu/discovereu\\_de](https://youth.europa.eu/discovereu_de)

DiscoverEU ging 2018 an den Start. Seitdem haben sich etwa 916.000 junge Menschen in sieben Bewerbungsrunden für 212.700 Travel-Pässe beworben. Die nächste Bewerbungsrunde startet im März 2023. ■

## Veranstaltungen

### März

15. März 2023

#### EU-Förderung für interregionale Zusammenarbeit

Informations- und Netzwerkveranstaltung unter dem Titel „Europe, let's cooperate 2023“ mit dem zweiten Förderaufruf im Interreg Europe Programme

Veranstalter: Interreg Europe

Ort: Stockholm/Schweden

☑ <https://www.interregeurope.eu/news-and-events/events/europe-lets-cooperate-2023>

28. März 2023

#### Stärkung der Regionen und Städte bei der Steuerung der Integration von Migranten

Konferenz für lokale und regionale Behörden, Vertreter der Europäischen Kommission und anderer europäischer Institutionen sowie für Akademiker und die Zivilgesellschaft

Veranstalter: Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)

Ort: hybrid (Brüssel und online)

☑ <https://cor.europa.eu/de/events/Pages/integration-network-march.aspx>

### April

30. April – 31. Mai 2023

#### Europawochen 2023

Veranstaltungen von Städten, Landkreisen und Gemeinden zur Förderung des Europagedankens bei den Bürgerinnen und Bürgern unter dem diesjährigen Motto „EUpdate – Leben und Lernen in Europa“

Initiatoren: Bundesländer, Bundesregierung, Europäische Kommission und Europäisches Parlament

Orte: Städte, Landkreise, Gemeinden

### Juni

20.–22. Juni 2023

#### Europäische Woche für nachhaltige Energie 2023 (EUSEW)

Die European Sustainable Energy Week (EUSEW) ist die Leitkonferenz der EU im Bereich erneuerbare Energien, Energiesicherheit und Energieeffizienz inklusive zentraler Konferenz, Verleihung der EUSEW Awards, Energiemesse, Europäischem Jugendenergetag und dezentraler Veranstaltungen

Veranstalter: Europäische Kommission

Ort: hybrid (Brüssel und online)

☑ [https://sustainable-energy-week.ec.europa.eu/index\\_en](https://sustainable-energy-week.ec.europa.eu/index_en)

## Städteforum der Europäischen Kommission in Turin:

# Gemeinsam für grüne und gerechte Städte

Die Europäische Kommission lädt zur Teilnahme am Städteforum 2023 ein. Die Veranstaltung findet am 16. und 17. März 2023 in Turin in Italien unter dem Motto „Gemeinsam für grüne und gerechte Städte“ statt. Im Fokus stehen der grüne Wandel und die soziale Inklusion sowie die besondere Rolle von kleinen und mittleren Städten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen.

Das „Cities Forum“ bietet hochrangige Debatten, Sitzungen und interaktive Workshops zum Thema städtische Dimension der EU-Kohäsionspolitik und Zusammenhalt in Städten Europas. Das Forum wird alle zwei Jahre von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission veranstaltet und bringt die wichtigsten städtische Akteure auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusammen.

16.–17. März  
in Turin

### Infos

#### Städteforum 2023:

☑ <https://www.citiesforum2023.eu>

## Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation:

# Austausch über Demokratie in Europa

Die 14. Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation findet am 26. und 27. Juni 2023 in einem hybriden Format sowohl in Brüssel als auch online statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz steht das Thema „Europäische Demokratie“.

Die European Public Communication Conference (EuroPCom) ist die größte jährliche europäische Konferenz für öffentlichen Kommunikation und richtet sich an lokale, regionale, nationale und europäische Behörden sowie private Kommunikationsagenturen, Nichtregierungsorganisationen und Hochschulen.

Organisiert wird sie vom Europäischen Ausschuss der Regionen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Investitionsbank, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

26.–27. Juni  
in Brüssel (hybrid)

### Infos

#### EuroPCom 2023:

☑ <https://cor.europa.eu/de/events/Pages/europ-com.aspx>



# IMPRESSUM

---

**Europa Kommunal**  
Europäische Zeitschrift für  
Rat, Verwaltung und Wirtschaft  
ISSN 1866-1904

**Herausgeber**  
Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion  
Gereonstraße 18-32  
50670 Köln  
Telefon 0221 / 3771-311  
Telefax 0221 / 3771-128  
E-Mail: [post@rgre.de](mailto:post@rgre.de)  
<http://www.rgre.de>

**Schriftleitung**  
Lina Furch

**Redaktion & Satz**

Barbara Baltsch  
Schillerstraße 18  
50170 Kerpen  
Telefon 02273 / 560046  
Telefax 02273 / 560047  
E-Mail: [b.baltsch@t-online.de](mailto:b.baltsch@t-online.de)

Karl-Heinz Kottenhahn  
Telefon 0177 / 4955902  
E-Mail: [info@kh-kottenhahn.de](mailto:info@kh-kottenhahn.de)

**Erscheinungsweise / Bezug**

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version  
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

**E-Mail-Verteiler**

Dörthe Sondermann  
E-Mail: [doerthe.sondermann@staedtetag.de](mailto:doerthe.sondermann@staedtetag.de)

---

**Rechtliche Hinweise zu Textbeiträgen und Urheberrecht**

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte und behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor. Die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin veröffentlichten Beiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben dessen/deren persönliche Meinung wieder.

Das Urheberrecht für Texte, Fotografien und Grafiken, das Layout der Broschüre sowie alle sonstigen Inhalte der Broschüre liegt beim RGRE und den namentlich genannten Personen. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Soweit die Inhalte nicht vom Herausgeber erstellt wurden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet. Insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autors bzw. Erstellers. Der Nachdruck oder die elektronische Wiedergabe der Gesamtausgabe oder Teilen davon ist nur mit Genehmigung von Schriftleitung und Redaktion gestattet.

**Haftung für Links**

„Europa kommunal“ enthält Links zu anderen Internetseiten. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung überprüft, wobei rechtswidrige Inhalte nicht erkennbar waren. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Insofern übernimmt die Redaktion keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für diese sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen wird die Redaktion allerdings derartige Links umgehend entfernen.

**Infos zum E-Mail-Kontakt**

Wenn Sie uns eine E-Mail senden wird diese ausschließlich zur Korrespondenz mit Ihnen verwendet, eine Verarbeitung zu anderen Zwecken findet nicht statt. Ihre E-Mailadresse wird keinesfalls an Dritte übermittelt. Rechtsgrundlage für die Datenerhebung ist hierbei Artikel 6, Absatz 1, Nummer a) der EU-DSGVO.